

Solidarische Ökonomie

auf der Basis von

Reproduktionsgenossenschaften

Legende zu den Folien:

<http://www.reproduktionsgenossenschaften.de>

Wolfgang Fabricius

Stand: 28.03.2008

1. Vorbemerkung:

Primäres und grundlegendes ökonomisches Ziel einer Gesellschaft sollte ihre nachhaltige Reproduktion (mittels möglichst innovativer Infrastruktur) sein.

Kapitalistische Gesellschaften sind gekennzeichnet durch das Auseinanderfallen des Interesses an der Infrastruktur in Anleger- und Nutzerinteressen, wobei die (selbst ausländischen) Anlegerinteressen auch seitens des Staates ganz im Vordergrund stehen und gezielt gefördert werden. Diese Anlegerinteressen bestehen immer ausschließlicher in einer Profitmaximierung.

Solidarische Ökonomie will dieses Zerfallen der Gesellschaft aufheben, indem die Anleger- wieder Nutzerinteressen und umgekehrt die Nutzer- wieder Anlegerinteressen sind. Damit wird auch quantitatives Wachstum durch qualitatives Wachstum ersetzt werden.

Um die Rendite zu gewährleisten, werden Mensch und Umwelt geopfert. Um erfolgreich Gegenkräfte gegen die ökonomischen Verhältnisse einer globalen neoliberalen Gesellschaft entfalten zu können, ist eine hinreichend exakte Analyse der Triebkräfte dieser ökonomischen Verhältnisse erforderlich.

2. Gliederung:

Die vorliegende Präsentation gliedert sich in drei Bereiche:

- Darstellung und Wertung des neoliberalen Umfelds.
- Grundzüge der Solidarwirtschaft (Profitminimierung).
- Historische und aktuelle Beispiele im In- und Ausland.

3. Krätke-Roth

schreiben im Vorwort zur Monographie von Bernhard Walpen „Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft - Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society“: „Nach einer kurzen Blütezeit in den sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts erlebte die politische Ökonomie in der Bundesrepublik einen gravierenden Terrain- und Niveauverlust.“

Wie nirgends sonst auf der Welt beherrscht seither das Einheitsdenken der neo-konservativen und neoliberalen Orthodoxie die Lehrstühle, Medienredaktionen, dominiert die gesellschaftliche Debatte und bestimmt die gesellschaftspolitischen Weichenstellungen.

Die Gegner des Neoliberalismus wurden aus Universitäten und Medien weitgehend eliminiert und durch Befürworter ersetzt.

4.

5.

6.

7.

8.

9. Wertgesetz und Profit: Friedrich Engels hat den 3. Band des Kapitals erst 1894, fast 30 Jahre nach seiner Fertigstellung durch Marx, herausgegeben. Dort formuliert er in „Ergänzung und Nachtrag zum III. Buche des 'Kapital', I. Wertgesetz und Profit“ die wohl härteste Kritik am Wertgesetz von Karl Marx: „Mit einem Wort: das Marxsche Wertgesetz gilt allgemein, soweit überhaupt ökonomische Gesetze gelten, für die ganze Periode der einfachen Warenproduktion, also bis zur Zeit, wo diese durch den Eintritt der kapitalistischen Produktionsform eine Modifikation erfährt. ... Das Marxsche Wertgesetz hat also ökonomisch-allgemeine Gültigkeit für eine Zeitdauer, die vom Anfang des die Produkte in Waren verwandelnden Austausches bis ins fünfzehnte Jahrhundert unsrer Zeitrechnung dauert.“

10. Börse: Nachtrag zum 3. Band des Kapitals (2): Im gleichen Nachtrag „2. Die Börse“ hat Friedrich Engels 1894 ausgeführt: „seit 1865, wo das Buch [3. Band des Kapitals] verfasst [wurde], [ist] eine Veränderung eingetreten, die der Börse heute eine um ein Bedeutendes gesteigerte und noch stets wachsende Rolle zuweist und bei der ferneren Entwicklung die Tendenz hat, die gesamte Produktion, industrielle wie agrikulturelle, und den gesamten Verkehr, Kommunikationsmittel wie Austauschfunktion, in den Händen von Börsianern zu konzentrieren, so dass die Börse die hervorragendste Vertreterin der kapitalistischen Produktion selbst wird.“

11. Petschow entfaltet 2004 erstmals eine entsprechende Sichtweise auf unser ökonomisches System, indem er die Nettoverteilung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in Form einer Einnahmenüberschussrechnung

ermittelt und zeigt, dass die Kapitalerträge von 1970 bis 2002 von 25 auf 560 Mrd. Euro - also mit einer mittleren Wachstumsrate von 10,2% pro Jahr - gestiegen sind. Die anderen Bereiche wie Staat und Erwerbstätige haben entsprechende Verluste hingenommen. So verfügte der Staat 1970 noch über 9,2% des BIP, 2002 aber nur noch über 2,3%. In wenigen Jahren dürfte diese Entwicklung den Staat in die Insolvenz getrieben haben. Die Zahl der Arbeitslosen ist im gleichen Zeitraum von 149.000 auf 5 Millionen angewachsen. Wie sieht die Zukunft aus?

Petschow hat auf dieser Grundlage eine Petition (Pet2-14-15-8272-046748) eingereicht, über die der Bundestag der Empfehlung des Petitionsausschusses folgend am 25.06.2003 beschlossen hat, sie dem Bundesministerium des Inneren zu überweisen, wo sie bis heute liegt.

12. Graphische Darstellung der Berechnung für das Jahr 1970

13. Tabellarische Darstellung der Berechnung für das Jahr 1970

14. Graphische Darstellung der Berechnung für das Jahr 2002

15. Tabellarische Darstellung der Berechnung für das Jahr 2002

16. Kapitalertrag und BIP: Auf der Basis eines Wirtschaftswachstums von 1,2% (mittleres Wachstum der letzten 10 Jahre) und des Wachstums der Kapitalerträge, die nach den Berechnungen von Dieter Petschow 10,2% betragen, ergibt sich zwangsläufig, dass im Jahr 2017 die Kapitalerträge das Wirtschaftswachstum erreichen. Diese Kapitalerträge werden nicht in die Produktion eingebracht, sondern der Realwirtschaft entzogen und in der virtuellen Ökonomie der Finanzmärkte angelegt.

17. Wirtschafts- vs. Kapitalertragswachstum: Auch die andere Seite der Berechnungen von Petschow, die Jahre 1950 bis 1970, sind interessant. Modellhaft ergibt sich für das BIP eine Gerade und für das Wachstum der Kapitalerträge eine Exponentialfunktion, die zwei Schnittpunkte miteinander haben, Anfang und Ende unseres Wirtschaftssystems.

18. Arbeits- und Kapitaleinkommen: Was wir seit Jahren voraussagen wird jetzt offensichtlich auch von den Medien übernommen: dem exponentiell steigenden (leistungslosen) Kapitaleinkommen steht ein exponentiell sinkendes (leistungsbezogenes) Arbeitseinkommen gegenüber. Der Schnittpunkt der beiden Kurven ist nach der Graphik wohl bereits im letzten Jahr erreicht

worden. Die Kaufkraft der Erwerbstätigen wird exponentiell weiter schrumpfen, die produzierten Waren können nicht mehr gekauft werden, es kommt zu einer Überproduktionskrise, wie wir sie in ähnlicher Form in den neunziger Jahren bereits in den südostasiatischen Tigerstaaten beobachten konnten.

- 19. Lineares Wirtschaftswachstum:** In allen westlichen Industrienationen ist ein lineares Wirtschaftswachstum festzustellen. Die deutsche Wirtschaft wuchs z.B. mit im Mittel etwa 40 Mrd. Euro pro Jahr. Kommt also zu einem Baustein ein zweiter, sind das 100% Wachstum, im nächsten Jahr kommt zu 2 Bausteinen ein weiterer, das sind nur noch 50% Wachstum, im dritten 33%, im vierten 25% im 10. 10%, im 20. 5% und im 50 nur noch 2%. Die Herstellung und Vermarktung von Produkten im Werte von über 2 Billionen Euro ist mit einigem Aufwand verbunden und lässt sich nicht beliebig steigern.
- 20. Horst Afheldt** bestätigt die Linearität des Wirtschaftswachstums in seinem Buch: *Wirtschaft die arm macht – Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft*. München 2003.
- 21. Ungleichheit:** Afheldt dokumentiert die wachsende Ungleichheit zwischen den verschiedenen Kontinenten.
- 22. Bedarfsweckung:** Um den Bürger zu veranlassen, das Wirtschaftswachstum von im Mittel 40 Mrd. Euro pro Jahr sowohl zusätzlich zu produzieren als auch zusätzlich zu konsumieren, war es erforderlich und über die Jahrzehnte der BRD hinweg erkenn- und erlebbar, über die Bedarfsdeckung hinaus eine Bedarfsweckung, eine Ex-und-Hopp-Produktion, die Externalisierung von Kosten, eine gezielte Verschuldung sowohl der Industrie über Fremdkapital als auch der Bürger über Ratenkauf, den Binnenmarkt anzuheizen und Exportüberschüsse etc. zu generieren.
- 23. Exponentielles Kapitalertragswachstum:** Das Wachstum der Kapitalerträge verläuft im Gegensatz zum Wirtschaftswachstum weitgehend exponentiell. In Deutschland wuchsen und wachsen die Kapitalerträge im Mittel mit 10,2% pro Jahr, das heißt, sie verdoppeln sich etwa alle 7 Jahre. Von einem Betrag von etwa 3,5 Mrd. Euro im Jahr 1950 sind sie auf etwa 750 Mrd. Euro im Jahr 2006 angestiegen und machen jetzt etwa 35% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus.
- 24. Josephspfennig (nach Wikipedia vom 18.7.2007):** Wenn Joseph seinem Sohn Jesus bei dessen Geburt einen einzigen Pfennig angelegt hätte, wäre dieser bei einer jährlichen Verzinsung von 5 % im Jahre 2000 mit Zinseszinsen auf 2,3911... * 10⁴⁰ Mark angewachsen, d. h. auf den fiktiven Gegenwert von

$7,8873 * 10^{32}$ Tonnen Gold, was der Masse nach 132 Milliarden Erdkugeln (zu je $5,974 * 10^{21}$ Tonnen) aus purem Gold entspräche bzw. 396.666 goldenen Sonnenmassen (zu je $1,9884 * 10^{27}$ Tonnen), wenn man die Jahresschlusskurse von 2006 mit 636,05 US-\$ pro Feinunze Gold (= 31,1034768 g) und 1 € = 1,3193 US-\$ zugrunde legt, während 1 € = 1,95583 Mark entspricht. In der gesamten Geschichte der Menschheit wurden aber schätzungsweise erst 155.000 t Gold geschürft, die gerade in einen Würfel der Kantenlänge 20,025 Meter passen würden.

25.

26. Aristoteles (384-322, Politeia, 1. Buch): Bereits die Antike beschäftigte sich mit der fatalen Auswirkung des Zinseszinses auf Gesellschaft und Natur. Er schreibt: "So ist der Wucher hassenswert, weil er aus dem Geld selbst den Erwerb zieht und nicht aus dem, wofür das Geld da ist. Denn das Geld ist um des Tausches willen erfunden worden, durch den Zins vermehrt es sich dagegen durch sich selbst. Durch den Zins entsteht Geld aus Geld. Diese Art des Gelderwerbs ist also am meisten gegen die Natur." Es darf dabei allerdings nicht übersehen werden, dass der Zins nicht das einzige Umverteilungsinstrument unseres Wirtschaftssystems ist.

27. Sparda-Bank: Zum Vergleich sei der Unifonds der Sparda-Bank angeführt, der (nur) mit 9% Wachstum bei einer Einlage von 10.000 Euro im Jahre 1956 auf 753.000 Euro im Jahr 2006 angewachsen ist.

28. BfG: Selbst die Bank der Genossenschaften hat unter Walter Hesselbach dies Wahnsinn betrieben und so wohl auch Versorgungsmentalität erzeugt.

29. Kombinierte Darstellung des unterschiedlichen Wachstums:

Exponentialfunktionen haben die fatale Eigenschaft, dass sie lineare Funktionen mehr mehrmals schneiden können. Bezogen auf unser Land ist die Wirtschaft in den ersten Jahrzehnten nominal und real schneller gewachsen als der Kapitalertrag, bis etwa in den 80er Jahren die nominale Umkehr und in den 90er Jahren auch die reale Umkehr erfolgte. Geht diese Entwicklung uneingeschränkt weiter, würde etwa 2017 der Kapitalertrag das gesamte BIP beanspruchen. Konnten in den ersten Jahrzehnten die Staats- und Sozialausgaben ständig wachsen, mussten anschließend diese Ausgaben kontinuierlich zurückgenommen werden.

Oberhalb des Schnittpunktes müsste vom Arbeitnehmer Geld entrichtet werden, wenn er arbeiten wollte. Dies ist zum Teil schon der Fall, indem der Arbeitnehmer die Weiterbildung immer häufiger selbst finanzieren muss. Auch

die Gebühren für das Studium, das von der Rentenversicherung als Arbeitszeit gewertet wird, müssen in manchen Bundesländern bereits aus eigener Tasche finanziert werden.

30. Kapitalertrag versus Arbeitsertrag: Kombiniert lässt die Kurve des linearen und des exponentiellen Wachstums vier Punkte erkennen:

1. Nullpunkt: Beginn von Wirtschaftswachstum und Kapitalertrag.
2. Schnittpunkt beider Kurve: nach etwa 10 Jahren wächst der Kapitalertrag genauso schnell wie die Wirtschaft.
3. Beide Kurven parallel verlaufen: der Kapitalertrag wächst real so schnell wie die Wirtschaft.
4. Zweiter Schnittpunkt: Der Kapitalertrag beansprucht das gesamte BIP.

31. Wachstum der Kapitalerträge: Die exponentielle Funktion wächst zunächst langsamer als die lineare Funktion, um sie aber dann im Wachstum zu überholen und einem 2. Schnittpunkt zuzueilen. Das Verhältnis der jeweiligen Werte ist im ersten Jahr 1:10, nach 10 Jahren 1:4, nach etwa 25 Jahren etwa 1:1, nach 50 Jahren 11:1, nach 60 Jahren 30:1 und erreicht nach etwa 35 Jahren schließlich absolut das Wirtschaftswachstum, allerdings ein fiktiver Schnittpunkt, der nicht erreicht wird, weil wohl, wenn der Kapitalertrag den Arbeitsertrag überschreitet und damit die Kaufkraft zu niedrig wird und eine Überproduktionskrise droht.

32.

33.

34.

35.

36.

37. 2. Armuts-, Reichtumsbericht der Bundesregierung: Er beruht leider nur auf dem Mikrozensus einer **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)**¹⁾, die nur die Bürger erfasst, deren Einkommen unter 18.000 Euro pro Monat liegt.

1) Statistisches Bundesamt: Die EVS liefert keine Angaben für Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr, da diese in der Regel nicht in so ausreichender Zahl an der Erhebung teilnehmen, dass gesicherte Aussagen über ihre Lebensverhältnisse getroffen werden könnten. (http://www.destatis.de/presse/deutsch/abisz/einkommens_verbrauchsstichprobe.htm)

38. Graphische Darstellung des 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: In der Zeichnung wurden die Werte von 1993 auf Null gesetzt und die Werte von 1998 und 2003 als Differenz dazu dargestellt. Unter der Schwarz-Gelb-Regierung von Kohl haben sich zwar die unteren 30% der Bevölkerung zunehmend verschuldet, die Gruppen darüber hatten aber durchgehend einen ansteigenden Vermögensverwalter. Unter der Rot-Grün-Regierung von Schröder haben sich die unteren 30% weiter verschuldet, die mittleren 40% der Bevölkerung hatten aber – abzüglich der Inflationsrate – eher einen Verlust als einen Vermögenszuwachs. Die gesamte „Sparquote“ ist bei den obersten 30% der Bevölkerung gelandet. Diese Sparquote dann über die Gesamtbevölkerung zu mitteln und von Angstsparen zu sprechen, ist eine Verhöhnung der Bürger.

39. Privatvermögen: Der eigentliche Reichtum beginnt allerdings erst oberhalb der EVS. Hier schlummert ein Privatvermögen von über 3 Billionen Euro. Die Darstellung reicht nur bis zu einem Vermögen von 5 Mio. Euro. Um im gleichen Maßstab eine Milliarde darzustellen, ist eine 200 mal höhere Kurve erforderlich. Aldis 20 Mrd. Euro ergeben dann eine 4000 mal höhere Kurve, die nur noch auf einem Papier von Kirchturmhöhe dargestellt werden könnte.

40. Lohnquote: An der Lohnquote lässt sich der Abstieg des Arbeitsertrags relativ zum BIP in realer Form erkennen. Ein reziprokes Verhalten zur Kapitalrendite ist eindeutig.

41.

42. Arbeits- und Kapitaleinkommen: Auch die Graphik des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institutes des DGB, die dieses Jahr bereits zweimal im Spiegel veröffentlicht wurden, bestätigt den exponentiellen Abfall des Arbeitseinkommens und das exponentielle Ansteigen des Kapitaleinkommens: „Ein immer größerer Teil unserer Arbeit wird von bestehenden Verpflichtungen absorbiert, denen wir nicht ausweichen können. Dies erklärt vieles, was uns bisher rätselhaft war: Den steigenden Stress am Arbeitsplatz; die Querelen in den Familien wegen Geld . . . die um sich greifende Umweltvernichtung.« Paul C. Martin, Zahlmeister Deutschland, 1991

43. Unverdrossene „Lebenslügen-Politik“: Zur Darstellung der Entwicklung der Einkommensverteilung verwendet Claus Schäfer nicht das mittlere Äquivalenzeinkommen sondern mit der Nellohquote ein anderes Modell, kommt aber zum gleichen Ergebnis der stark progredienten Umverteilung.

44. Tabelle zur Entwicklung der Einkommensverteilung.

- 45. Mittleres Äquivalenzeinkommen und Armutsrisikogrenze:** In den letzten Jahren ist ein dramatischer Abfall des mittleren Äquivalenzeinkommens und damit auch der Armutsrisikogrenze zu verzeichnen. 2003 betrug die Armutsrisikogrenze noch 938 Euro, nur 2 Jahre später jedoch nur noch 737 Euro, das ist ein Absturz von über 22%, oder 2003 lag die Armutsrisikogrenze 27% höher als 2005.
- 46.
- 47.
- 48.
- 49.
- 50.
- 51. Die besten Rohstoffe:** Die wachsenden Kapitalmassen werden insbesondere in Bereichen untergebracht, die für die Wirtschaft und den Verbraucher unverzichtbar sind.
- 52. Weizenpreis:** Auf Luxusgüter kann verzichtet werden, nicht aber auf Lebensmittel. Insofern sind sie Hauptspekulationsobjekt geworden. Die Steigerungsrate innerhalb eines halben Jahres beträgt zusätzliche runde 150%!
- 53. Wachstum** eines jungen englischen Aktienfonds, der von Graham French gemanagt wird.
- 54. Branchen:** Verteilung der Anlagebereiche
- 55. Robert Kurz** stellt die Situation in Gegenökonomie und Gegenpolitik sehr anschaulich dar: „*Historisch hat sich der Markt von den Grundstoffen, den Vor- und Zwischenprodukten immer weiter vorgeschoben und immer mehr reproduktive Bezüge okkupiert; nicht nur bis zu den Endprodukten, die direkt in die Konsumtion eingehen, sondern darüber hinaus bis zur Vermittlung der Konsumtion selber in Form von Dienstleistungen und bis in den Intimbereich.*“
- 56. Graphische Nachempfindung** des Zitats von Robert Kurz: Das Individuum zerfällt in Konsument und Produzent, die immer geringeren Bezug zueinander zu haben drohen.

57. Gewinnstreben: In: Noam Chomski – Daniel Mermet: Zum Besten der Beherrschten. Le Monde diplomatique, August 2007.

Milton Friedman: „Das Gewinnstreben ist das Wesen der Demokratie“

Noam Chomsky: „Das Gewinnstreben ist eine auf bestimmten Strukturen basierende, krankhafte Erscheinung unserer Gesellschaften.“

Jean Ziegler: „Es gibt drei Totalitarismen: den stalinistischen, den nationalsozialistischen und jetzt TINA.“

Allerdings sollten wichtige Erkenntnisse auch von entsprechenden Lösungsvorschlägen begleitet sein.

58. Detmar Doering, Leiter der Friedrich Naumann Stiftung in Potsdam, seit 1996 Mitglied der Mont-Pelerin-Society, meint, es könne Arbeit nur geben, wenn Kapital vorhanden ist, und nur Kapital schaffe Arbeit. Er sagt: „Nicht die Arbeit schafft Kapital (wie die Feinde des Liberalismus im Gefolge von Marx behaupten), sondern das Kapital schafft die Arbeit. Der Kapitalismus verschafft damit dem Menschen die realen ökonomischen Möglichkeiten, seine Freiheiten zu erweitern.“ Ein Blick in die Schöpfungsgeschichten würde ihm vielleicht nützen.

59. Erik Nölting, Mitglied des Preußischen Reichstags und erster Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, wies darauf hin, dass sowohl Adam Smith als auch Karl Marx vom Gegenteil ausgehen: Nur die Arbeitskraft des Menschen schafft wirtschaftliche Werte. Auch in allen Schöpfungsgeschichten existiert der Mensch vor dem Kapital: „Adam Smith, Urvater der Liberalen und Neoliberalen, und sein Gegenpart, Karl Marx, sich zumindest in einem Punkt einig sind: „*Aller Ertrag ... stammt aus der Arbeit, die alleinige Quelle aller wirtschaftlichen Werte ist.*“

60. Wertschöpfung: Der 3. Band des Kapitals beginnt quasi mit der Formel:

$$W = c + v + m$$

W= Warenwert, c=Kapital v=Arbeitskraft und m=Mehrwert wobei sich c das gesamte eingesetzte Kapital inklusive der gesamten Infrastruktur bis hin zu den Verkehrswegen zusammensetzt und andererseits wiederum rekursiv die Formel:

$$W = c + v + m$$

bis zum Anfang der gesamten Wertschöpfungskette repräsentiert, c ist also
jeweils

ein weiteres $W = c + v + m$ bis hin zu den eingesetzten Rohstoffen.

Entscheidend ist damit allein der jeweilige Anteil von v = Arbeitskraft und m = Mehrwert, also Arbeitsertrag versus Kapitalertrag.

61. Wertschöpfungskette:

Auf der untersten Ebene repräsentiert c den Rohstoff Erde, Erdöl, Metall, Kohle etc. Eingesetzt wird nur Arbeitskraft, von der allerdings bereits hier der Mehrwert abgezogen wird. Vom Anfang bis zum Ende der Wertschöpfungskette streitet sich also der Anleger (m) – weil er angeblich c geliefert habe - mit dem Arbeitnehmer (v) um den Anteil am Arbeitsergebnis und der Konsument (W) muss beide finanzieren.

Auf der untersten Ebene repräsentiert c den Rohstoff Erde, Erdöl, Metall, Kohle etc. Eingesetzt wird nur Arbeitskraft, von der allerdings bereits hier der Mehrwert abgezogen wird. Vom Anfang bis zum Ende der Wertschöpfungskette streitet sich also der Anleger (m) – weil er angeblich c geliefert habe - mit dem Arbeitnehmer (v) um den Anteil am Arbeitsergebnis und der Konsument (W) muss beide finanzieren.

Detmar Doerings Ansicht, dass es Arbeit nur da gibt, wo Kapital ist, kann also nicht stimmen, denn alles Kapital entstammt früherer Arbeit, der allerdings der Mehrwert entzogen wurde.

Marx stellt im dritten Band des Kapitals die Formel $W = c + v + m$ vor. Die Wertschöpfungskette kann als eine Kaskade dieser Formel angesehen werden. Sie ist sowohl historisch, als auch aktuell für die Herstellung jedes Produktes zu sehen. Ursprünglich stand der Mensch in der Wildnis und musste sich Schritt für Schritt die Werkzeuge schaffen, mit denen er sich die Arbeit erleichtern und schließlich immer weiter automatisieren konnte. Aktuell gesehen stellt auf der untersten Ebene c den Rohstoff Erde, Erdöl, Metall, Kohle etc. dar. Neu eingesetzt wird immer wieder Arbeitskraft, von der allerdings auf jeder Ebene der Mehrwert abgezogen wird. Vom Anfang bis zum Ende der Wertschöpfungskette streitet sich also der Anleger – weil er angeblich c geliefert habe - mit dem Arbeitnehmer (v) um den Anteil (m) am Arbeitsergebnis. Der Konsument (W) jedoch muss alles finanzieren.

62. Enteignung des Arbeitnehmers und des Konsumenten: Statt den Mehrwert „ m “ dem Lohn und/oder der Infrastruktur zuzuschlagen bzw. ihn von den Preisen abzuziehen wird er auf allen Produktionsebenen von den Kapitaleignern/ Anlegern abgezweigt.

63. Kapital- und arbeitsbezogene Kosten: „Kredit kostet Zinsen. Die Zinsen belasten die Letztverbraucher und die Unternehmer, die sich zu ihrem Konsum- oder Investitionsbedarf das Geld hinzuborgen. Die Zinsen entziehen also den Letztverbrauchern und Unternehmern wiederum Geld, obgleich bei ihnen schon ohnehin zu wenig war, und sie fließen hin zu dem Anleger, bei dem

ohnehin schon so viel Geld war, dass sich ein Überschuss seiner Gelder über seinen Bedarf ergeben hatte.“ Dieter Suhr, Jurist und Verfassungsrechtler an der Universität Augsburg, Wachstum bis zur Krise, 1986. Nach: Helmut Creutz, Geldsyndrom, 2001, S. 156 u. 158.

64. Endverbraucherpreise: Die Darstellung meint das Gleiche, es sind allerdings nur jeweiligen Zinsen aufgezeigt. Der Mehrwert setzt sich zudem aus vorenthaltenem Arbeitsentgelt und Spekulationsgewinnen (z.B. Währungen) zusammen.

65. Fluch unserer Rasse: „Es kann keinen Frieden auf Erden geben, ehe wir nicht die Forderung unserer Zeit erfüllen und den großen ewigen Fluch unserer Rasse beenden und jedem Arbeiter den vollen Verdienst seiner Arbeit verschaffen.“ Abraham Lincoln, ehemaliger Präsident der USA.

66. Kommunistisches Manifest: Auch Marx hat gesehen, dass nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Konsument vom Kapital ausgenommen wird.

67. Hans Tietmeyer, Präsident der Deutschen Bundesbank auf dem Weltwirtschaftsforum 1996 in Davos: „Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von ihnen beherrscht werden.“ (Finanzmärkte kontrollieren die Politik, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.2.1996)

68. Unsere Berater: Der Spiegel führt zu unseren „Beratern“ in Heft 2/2007 aus: „Nach den geltenden Gesetzen kann niemand einem ausgeschiedenen Abgeordneten verbieten, in der gleichen Branche anzuheuern, für die er zuvor die Paragraphen gemacht hat.“ Ein Abgeordneter sollte also schon zu Zeiten seines aktiven Politikerlebens an sein Leben danach denken. „Selbst Verfassungsgerichtspräsident Papier sah sich deshalb unlängst gezwungen, von einer neuen Qualität der Einflussnahme zu warnen. Die Lobbyisten, so Papier, entwickelten sich zu einer 'fünften Gewalt' im Staate.“

69.

70. Peter Drucker: (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Vertreter der Managementtheorie, 1989): Die Erzielung von Gewinn ist nicht nur eine falsche, sondern auch eine irrelevante Aufgabe des Managers "Companies make shoes not money", Unternehmen stellen Schuhe her, nicht Geld. Der ehrliche Manager will also Schuhe herstellen und nicht Profite erwirtschaften.

71. Die Shareholder-Value-Theorie ihrer Urväter Jensen und Meckling propagiert das Gegenteil: „Aktionäre als Eigentümer der Unternehmen müssen den ungeteilten Gewinn erhalten, denn jeder Dollar, den die Manager in Arbeit, Umwelt und öffentliche Belange stecken, nimmt den Aktionären das Recht, über ihr Eigentum zu entscheiden und "ihre" Gewinne etwa in andere Unternehmen anzulegen, die ihnen rentabler erscheinen. Manager, die sich zu sehr für die Belegschaft, die Gemeinden oder den Umweltschutz einsetzen, vergehen sich am Eigentum der Aktionäre!“ Was produziert wird, ist völlig gleichgültig, allein der Profit ist maßgebend.
Michael C. Jensen und William H. Meckling: Theory of the Firm: Managerial Behavior, Agency Costs and Ownership Structure. Journal of Financial Economics, October, 1976, V. 3, No. 4, pp. 305-360.
<http://papers.ssrn.com/abstract=94043>.

72. Gabor Steingart formuliert in Spiegel-online vom 22.09.2006 den gleichen Sachverhalt etwas moderater: „Will er [der Westen] nicht an jedem Handelstag als Verlierer vom Platz gehen, muss auch er seine Betriebsräte domestizieren, seine Umweltgesetze lockern und die soziale Absicherung stückweise wieder an die Familie oder den Einzelnen zurück überweisen.“

73. Mont Pèlerin Society

74. Hedgefonds: Geldmaschinen für die Superreichen, Banken, Versicherungen und Pensionskassen (Riester-Rente!) im Halbschatten von Bankgeheimnis, Offshoreplätzen und Treuhandfirmen. Sie betreiben Devisengeschäfte, Terminspekulationen, Rohwarengeschäfte, Aktienspekulation, Handel mit Kreditbriefen aller Art und anderen Derivaten.
Volumen der Derivate weltweit: 340 Billionen Dollar.
Weltbruttoinlandsprodukt: 42 Billionen Dollar.
Kerngeschäft: Plünderung der realen Ökonomie durch Ausweidung von Unternehmen, Sonderausschüttungen an die Kapitaleigner, Rückkauf von Aktien, erzwungene Kreditaufnahme und Ausschüttung, Filetierung und Zerschlagung (Wachstum dieses „Kapitalertrages: über 10% pro Jahr).
Zahl der Riester-Renten-Sparer: 6 Millionen, Sparvolumen: 80 Milliarden Euro.

75. Rentenfonds: Die Erwerbstätigen in Amerika besaßen bereits 1976 über Pensions-Fonds mehr als ein Drittel des Eigenkapitals der amerikanischen Wirtschaft. Dieser Anteil sollte nach Drucker bis zur Jahrtausendwende über zwei Drittel betragen.

Außerdem kontrollierten 1976 die Pensions-Fonds die 50 größten Unternehmen

in allen „nicht-produzierenden,, Bereichen wie im Bank- und Versicherungswesen, im Nachrichtenwesen und Transportgewerbe. Drucker bezeichnete das als „Pensions-Fonds-Sozialismus“. *Peter F. Drucker: Die unsichtbare Revolution Knauer 1979*

76. Finanzströme: Im Laufe der Jahrzehnte (auch 60 Jahre Frieden haben ihren Preis!) haben sich auch in Deutschland insbesondere in Fonds immense Kapitalien angehäuft, für die weltweit nach rentablen Anlagemöglichkeiten gesucht wird. Die Nationalstaaten sind machtlos, weil jede Senkung der Rentabilität ihres Wirtschaftssystems zum Abfließen von Kapitalien in andere Wirtschaftsräume des Globus führt. Sie stehen deshalb in bedingungsloser Konkurrenz zueinander.

S. Afhüppe et al. schreiben dazu im Spiegel 18/2005, S. 131: „Mehrere Billionen Dollar haben internationale Fonds eingesammelt – bei den Reichen der Welt, aber auch bei Normalbürgern, die für ihr Alter vorsorgen, oder bei Banken und Versicherungen, die wiederum das ihnen anvertraute Geld mehren wollen. Rund um den Globus suchen sie nach Anlagechancen, sie spekulieren mit Währungen und Rohstoffen, Anleihen und Aktien. Sie nehmen ganze Volkswirtschaften in die Zange – und zunehmend auch deutsche Unternehmen. ... Aber wie soll ein nationaler Staat internationale Finanzströme regulieren?“
Ist das der Anfang vom Ende des Neoliberalismus?

77. Standortfaktoren

Im *manager magazin* vom 23.04.2004 durchleuchtet Standortberater Henner Lüttich den neuen europäischen Binnenmarkt in den 25 Ländern Europas.

Die Methode: In die Analyse einbezogen wurden 1207 Regionen in den alten und neuen EU-Ländern. Hiervon ausgenommen sind lediglich die südlichen EU-Neulinge Malta und Zypern. Die Standortsuche wird auf regionaler Ebene durchgeführt. Diese Regionen entsprechen in Deutschland beispielsweise den Landkreisen und den kreisfreien Städten. Das Rechenmuster, das Lüttich für Standortfaktoren und -variablen angewendet hat, berücksichtigt folgende Faktoren:

78. Topstandorte für Klassische Industrie: Die Regionen sind nach den Anforderungen, die ein typisierter klassischer Industriebetrieb an einen Standort stellt, gewichtet. Auf Position 669 wird zum ersten Mal Deutschland (Esslingen) aufgeführt.

79. Topstandorte für Hochtechnologie: Die Regionen sind nach den Anforderungen, die ein typisierter Hochtechnologiebetrieb an einen Standort stellt, gewichtet. Auf Position 443 wird zum ersten Mal Deutschland (Bremen)

aufgeführt.

80. Topstandorte für Dienstleistung: Die Regionen sind nach den Anforderungen, die Anbieter einfacher Dienstleistungen an einen Standort stellen, gewichtet. Auf Position 348 wird zum ersten Mal Deutschland (Berlin-West) aufgeführt.

81. Ausbeutungsinstrumentarien:

- Arbeitsentgelt
- Steuern
- Sozialversicherung
- Zinsen
- Miete

82. Arbeitsentgelt: Löhne und Gehälter, Renten und Pensionen entsprechen deutlich erkennbar dem Status und der Ausbildung des Lohn- oder Gehaltsempfängers. Die unteren 30% der Lohn- und Gehaltsgruppen sind nicht in der Lage, Rücklagen bzw. Eigentum zu bilden. Selbst bei den mittleren 40% wird dies zunehmend schwieriger. Die „Sparquote“ betrifft nahezu vollständig nur die obersten 30% der Haushalte, die mehr oder weniger leistungslosen Kassen ohne Bedarf.

83. „Lohnnebenkosten“: Die Lohnnebenkosten sind sowohl nach der Lohnsteuerverordnung als auch dem Entwurf einer Europäischen Verfassung Bestandteil des Arbeitsentgelts des Arbeitnehmers und insofern keine Zusatzkosten des Arbeitgebers.

84. Steuern: Die Lohnsteuerbelastung stieg von 1960 bis 2003 im Mittel von 6,3% auf 18,8% die Belastung auf Gewinn- und Vermögenseinkommen sank dagegen von 20% auf 5,7%. Somit entwickelte sich die Steuerlastverteilung in Deutschland bezüglich der Lohnsteuerpflichtigen von 11,8% 1960 auf 32,8% 2002, während sie bei den Einkommensteuerpflichtigen im gleichen Zeitraum von 31,1% 1960 auf 1,7% 2002 fiel. Zusätzlich verschärft sich diese Situation durch die indirekten Steuern (Mehrwert-, Umsatz-, Mineralöl-, Tabak-, Branntwein-, Kaffee-, Stromsteuer). Mit der Lohnsteuer zusammen hatten die abhängig Erwerbstätigen 1960 nur 37,5%, aber im Jahr 2002 bereits 79,2% der Staatsfinanzen zu tragen, während die Beteiligung der Gewinn- und Vermögenseinkommen an den Staatsfinanzen in diesem Zeitraum von 34,7% auf 12,2% sank [Schäfer 2004].

85. Horst Afheldt: Graphische Darstellung der Steuerentwicklung in Deutschland.

86.

87. Sozialversicherungen: Das Umlageverfahren wurde von Adenauer deshalb bevorzugt, weil er bei der Kapitaldeckung der Rente den oben von Drucker beschriebenen „Pensions-Fonds-Sozialismus“ befürchtete. Der Sozialstaat wurde falsch konstruiert. Die Sozialversicherungen wurden – entgegen den Vorstellungen von Wilfried Schreiber, dem Urheber des Umlageverfahrens, das eigentlich den deutschen Sozialstaat prägen sollte und alle Erwerbstätigen, also auch Freiberufler und Selbstständige aller Art einbeziehen sollte - mit Versicherungspflichtgrenzen und Beitragsbemessungsgrenzen versehen, die Einkommensschwache eindeutig benachteiligen. Zudem sollten nach Schreiber auch Kinder zwingend Teil des Drei-Generationen-Vertrags sein, das heißt, neben der Rentenkasse war auch eine Kinderkasse vorgesehen, doch Adenauer strich als 80-jähriger die Kinderkasse mit der flapsigen Bemerkung: „Kinder kriegen die Leute immer“ (Spiegel 12/2004).

Jetzt gibt es sogar Zuzahlungen, die die Einkommensschwachen zusätzlich stärker treffen. Kopfpauschalen verschärfen diese Situation noch weiter [Borchert 2005]. Die Spitzenbelastung der Beiträge zu den Sozialversicherungen beträgt 42% des Bruttolohns bzw. etwa 35,4% des Arbeitnehmerentgelts. Insgesamt wurde die Beitragsbelastung der Bruttolöhne im Mittel von 9,4% 1960 auf 16,3% 2003 angehoben, während die Belastung der Gewinn- und Vermögenseinkommen nur von 3,0% 1960 auf 3,3% 2003 stieg [Schäfer 2004].

88. Als "Mackenroth-These" in die Literatur eingegangen ist: "Nun gilt der einfache und klare Satz, dass aller Sozialaufwand immer aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode gedeckt werden muss. Es gibt keine andere Quelle und hat nie eine andere Quelle gegeben, aus der Sozialaufwand fließen könnte, es gibt keine Ansammlung von Fonds, keine Übertragung von Einkommensteilen von Periode zu Periode, kein ‚Sparen‘ im privatwirtschaftlichen Sinne – es gibt gar nichts anderes als das laufende Volkseinkommen als Quelle für den Sozialaufwand." *Gerhard Mackenroth: Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan, 19.4.1952.*

Er hat wohl damals übersehen, dass man sich im Ausland (in gewissem Umfang allerdings auch im Inland) eine ausreichende Rendite holen kann.

89. Zinsen: Die deutschen Unternehmen sind im Mittel 3 mal höher – über 4 Billionen Euro - verschuldet als der Staat. Die Zinsen für diese Schulden können, wenn sie nicht durch Rationalisierung aufgefangen werden,

letztendlich nur in den Verbraucherpreisen landen. Im Mittel über alle Produkte und Dienstleistungen werden deshalb in Deutschland, bezogen auf das insgesamt ausgegebene Geld, mit steigender Tendenz bereits 40% Zinsen bezahlt.

90. Miete: In Deutschland werden für das Wohnen pro Jahr mit steigender Tendenz (2006: 315 Mrd. Euro) ausgegeben. Kaum jemand macht sich bewusst, dass sich diese Ausgaben zu 70-80% aus Zinsen zusammensetzen, denn nur 20-30% sind Betriebs-, Instandhaltungs- und Renovierungskosten. Diese Zinsen fließen mehr oder weniger ungehindert in die global operierenden Fonds bzw. die Finanzmärkte.

91. Konsumausgaben: Deutschland ist bezüglich Wohneigentum mit der Schweiz Schlusslicht in Europa. Der größte Posten der privaten Konsumausgaben sind deshalb mit großem Abstand die Wohnkosten. 2006 waren dies über 315 Mrd. Euro. Das sind 20 % mehr als der Bundeshaushalt und etwa das Doppelte dessen, was uns das Gesundheitswesen kostet. Die Steigerungsrate über die letzten 30 Jahre betrug - wie im Gesundheitswesen, wo von Kostenexplosion gesprochen wird – im Mittel etwa 6,5% pro Jahr. Ein beträchtlicher Teil dieser Kosten wandert in Form von Miete aus den Lohntüten der Besitzlosen in die bereits übervollen Taschen der Besitzenden.

Enthalten sind in diesen Wohnkosten die Heizkosten mit etwa 55 Mrd. Euro und die Wasserkosten mit etwa 28 Mrd. Euro.

92. Zeitreihe der Konsumausgaben: Wir können der Tabelle entnehmen, dass 1970 für das Wohnen nur etwa ein Zehntel des heutigen Betrages ausgegeben wurde, das entspricht einer mittleren jährlichen Steigerungsrate von 6,53%¹ und zusätzlich dass damals für Nahrungsmittel etc. etwa 50% mehr als für die Miete ausgegeben wurde. Dieses Verhältnis hat sich umgekehrt: Heute wird für die Miete 50% mehr ausgegeben als für die Nahrungsmittel. Man kann natürlich einwenden, dass sie Lebensmittel im Preis weniger angestiegen sind wie die Mieten, andererseits konnte für Nahrungsmittel u.U. nicht mehr ausgegeben werden, weil die Fixkosten so stark angestiegen sind.

Für Nahrungsmittel wurden 1970 noch 25%, 2005 jedoch nur noch 15% ausgegeben. Die taz schreibt 2007, dass sich in den letzten 50 Jahren die Ausgaben für Nahrungsmittel von 37% auf 12% reduziert hätten.

¹ Zum Vergleich: Von den gesetzlichen Krankenversicherungen wurden 1970 14,3 Mrd. Euro ausgegeben, 2005 waren es 143,6 Mrd. Euro. Das entspricht einer ähnlichen mittleren jährlichen Steigerungsrate von 6,82%. Was im Wohnungswesen als völlig normal gehalten wird, im Gesundheitswesen wird von Kostenexplosion gesprochen, obwohl für Mieten mehr als das Doppelte als für Gesundheit ausgegeben wird.

Völlig grotesk sieht es bei Hartz IV aus: Für Miete steht den Hartz IV-Empfängern mehr Geld zur Verfügung als für den gesamten sonstigen Lebensunterhalt. Das heißt, den arbeitslosen Besitzenden wird mehr Geld zugeschoben als den arbeitslosen Besitzlosen zugestanden wird. Die Vermehrung des Geldvermögens hat Vorrang vor dem Lebensunterhalt. Das Alg II soll gekürzt werden, die Mieten dürfen steigen. Die Eigenheimzulage wurde gestrichen, damit diese Umverteilung auf alle Zeit bestehen bleibt. Zynischer kann sich eine Gesellschaft nicht darstellen.

93. Mythos von der Chancengleichheit: Die Politische Klasse ist dabei, sich in Gedanken, Worten und Taten vom gemeinen Volk zu entfernen. *Michael Hartmann: Eliten und Macht in Europa – Ein internationaler Vergleich. Campus-Verlag, Frankfurt am Main, 2007*

94. Sozialstaatsgebot: Ist der Tatbestand des Verfassungsbruchs bereits erfüllt? Wie könnte eine Abhilfe aussehen? Ist sie ohne Widerstand möglich?

Richtungstreit wird zum Luxus, wenn bereit die Zeit gekommen ist, die Plätze in den Rettungsbooten zuzuweisen. Doch haben wir überhaupt Rettungsboote? Welche Rettungsmaßnahmen sind möglich?

95. Gegenstrategien der Besitzenden: Seitens der Regierenden: Krieg, Osterweiterung, Steigerung der Produktivität und des Wirtschaftswachstums, Verlängerung der Arbeitszeit, Senkung der „Lohnnebenkosten“ und Lohnstückkosten, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Vollbeschäftigung (nach R. Kurz ein Begriff aus dem Instrumentarium der Irrenanstalten!).

96. Krieg: Wie in solcher Situation bisher seitens der Kapitaleigner verfahren wurde und was auch künftig zu befürchten ist, wurde in der Kundenzeitschrift »Sparkasse« des deutschen Sparkassenverbandes dargelegt: im Dezember 1988 erschien der Nachdruck eines Artikels, der bereits 1891 in der gleichen Zeitschrift veröffentlicht worden war und aus einem Supplementband zu Meyers Konversationslexikon von 1891 stammte. Dort hieß es: »Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes wird vorzüglich darin gefunden, dass die besonders rentablen Capitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben. Die Haupteisenbahnen sind ausgebaut, die Telegraphenlinien gezogen, die Industrie ist mit Dampfmaschinen versehen. So spricht denn alles dafür, dass wir noch einem weiteren Sinken des Zinsfußes entgegensehen. Nur ein allgemeiner europäischer Krieg könnte dieser Entwicklung Halt gebieten durch die ungeheure Capitalzerstörung, welche er bedeutet.« [nach Creutz 2001, S. 505/6].

97. Deutschlands Hindukusch: So sehen die neuen deutschen Kriege aus!

98. Trockenlegung: „Rüstung bedeutet ökonomisch den Abzug zinsdrückenden Kapitals vom Markt. Und da die Rüstungsindustrie nicht für den Markt produziert, bedeutet Rüstung die Trockenlegung zinsbedrohender Kapitalüberschüsse auf Kosten der Steuerzahler.“ Hans Fabricius, »Telos«, Dezember 1966.

99. Ölpreis: Ohne den Irak-Krieg wäre der Ölpreis auf über 140 Dollar gestiegen. *Alan Greenspan, Spiegel 39/2007, S. 84.*

100. Ahlener Programm der CDU (1947): "Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert."

Dieses Programm könnte ein Kompromissangebot der CDU in der Verhandlung mit den Alliierten, die eine komplette Enteignung vorhatten, gewesen sein und wurde sofort zurückgezogen, als diese Enteignung vom Tisch war. Heute ist es der CDU jedenfalls peinlich, wenn sie auf dieses Programm angesprochen wird.

101. Konstant wachsender Arbeiterertrag: Bei linearem Wirtschaftswachstum sollte auch der Kapitalertrag konstant wachsen. Damit könnte der Arbeiterertrag wenigstens auf gleichem Niveau gehalten werden.

102. Nettokapitalrendite: Die vom DGB berechnete Nettokapitalrendite ergibt ebenfalls ein Wachstum der Kapitalerträge von im Mittel etwa 10%. Die Erwerbstätigen schufteten hier selbst im Namen der Gewerkschaften für die Kapitaleigner. So weitgehend hat man die Solidarwirtschaft in der Bundesrepublik verkommen lassen.

Bemerkenswert ist die Absenkung der Rendite unter Brandt und Schmidt auf etwa die Höhe des damaligen Wirtschaftswachstums von etwa 6%, was gleichzeitig zur Anhebung der Lohnquote führte. Eine Absenkung des

Kapitalertrages auf die Höhe des Wirtschaftswachstums wurde (von Karl Schiller?) unter der Regierung von Brandt und Schmidt versucht und fast erreicht. Sie senkten die Nettokapitalrendite von 12,6% im Jahr 1971 auf 6,1% im Jahr 1982.

103. Kapitalertrag gleich Arbeitsertrag: Wenn sich überhaupt Eigentum ohne eigene Arbeit vermehren soll, wäre es ein Gebot der Gerechtigkeit, mit dem linearen Wirtschaftswachstum nicht nur den Kapitalertrag sondern auch den Arbeitsertrag in gleicher Höhe linear wachsen zu lassen.

Auch die Umwelt verlangt das Nullwachstum der Wirtschaft, was bedeutet, dass auch die Kapitalerträge mit Nullwachstum belegt sind.

104. Nullwachstum: Durch die Produktion von unsinnigsten Luxusgütern geht Mensch und Natur zugrunde. Der Mensch will aber nicht Profite, sondern saubere Luft, sauberes Wasser, gesunde Lebensmittel, erholsame Landschaften etc..

Mit einem BIP von über 2 Billionen Euro sollte die Reproduktion Deutschlands gewährleistet und ein weiteres Wirtschaftswachstum überflüssig sein. Arbeits- und der Kapitalertrag müssten dann allerdings auch auf konstantem Niveau eingefroren werden. Innovation und Produktivitätssteigerung würden zur Verkürzung der Arbeitszeit genutzt werden können.

105. Informationsgesellschaft: 1870 machten hauptsächlich die Abitur, die nicht in den Schützengräben landen wollten. Heute haben wir einen Qualifikationsgrad erreicht, der Kriege überflüssig machen sollte. Je besser die Bürger eines Landes ausgebildet sind, desto geringere Chancen dürften langfristig autoritäre, hierarchische Gesellschaftssysteme haben. Diese Bürger werden auch im ökonomischen Bereich bevorzugt autonome kooperative Strukturen errichten und sich als selbstbewussterer Souverän gegenüber ihren Vertretern, den Politikern, z.B. über entsprechende Volksentscheide und Referenden, besser durchsetzen.

Die Einsicht, dass Kooperation produktiver und innovativer als Konkurrenz ist, dürfte solidarwirtschaftlichen Konzepten, die Profiteuren keinen Einlass gewähren, den Vorzug geben. Den Menschen würde der Wert ihrer Arbeitskraft wieder bewusst werden. Sie wären in der Lage, ihre Arbeitskraft gemeinschaftlich zu nutzen und sich für ihren Einsatz verantwortlich zu fühlen.

Dass das Bewusstsein der Bürger hinsichtlich Staatskritik und politischer Ökonomie auf dem Niveau von 1870 stehengeblieben zu sein scheint, kann als Versäumnis unserer Schulen und Universitäten angesehen werden, die immer ausschließlicher neoliberales Gedankengut produziert und reproduziert haben.

106. Google: Dem zentralen Prozess, der Profitmaximierung, muss eine sehr gezielte Strategie entgegengestellt werden, die man zunächst nur unscharf als Profitminimierung bezeichnen kann. In erster Linie geht es darum, konsequent die Profiteure zunächst aus der Produktions-/Reproduktionskette zu verdrängen. Die Organisationsform muss so gewählt werden, dass die Aufnahme von Fremdkapital nicht zur Pflicht gemacht werden kann. Auf der Suche nach Arbeiten zur Profitminimierung, dem Gegenstück zur Profitmaximierung fragte Google im Oktober 2004 zurück: „Meinten Sie Profitmaximierung?“, denn es waren zum Begriff Profitminimierung nur drei irrelevante Dokumente gefunden worden.

107. Gegenstrategien der Besitzlosen:

- Verfassungsklage
- Haushalt als gewerblicher Kleinbetrieb
- Bedingungsloses Grundeinkommen
- Regiogeld
- Aneignung
- FoodCoops und
- Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften
- Tauschringe
- Solidarische Ökonomie

108. Verfassungsklage: Wir leben in einem Land, in dem der Brutto- wie Netto-Kapitalertrag seit rund drei Jahrzehnten weitaus schneller wächst als die Wirtschaft. Dies ist Un-Recht, Arbeit-(nehmer) und Kapital-(eigner) sind vor dem Gesetz nicht gleich. Dies ist Zerrüttung unserer Sozialordnung.

Die Antwort auf meine Petition beim Deutschen Bundestag – Aktenzeichen: Pet 2 / 14 / 15 / 8272/ 046748 – gab dieser Sichtweise unter dem Blickwinkel der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zwar recht, verwies aber diese Eingabe zur weiteren Beratung an das Wirtschaftsministerium der Bundesrepublik Deutschland. Dort versandete der Vorgang in der Bürokratie. Zurück blieb ein Bürger mit massiven Zweifeln am heutigen Funktionieren unserer Demokratie.

Selbst an Hartz IV lässt sich die Ungleichheit der Behandlung von Kapital- und Arbeitsertrag demonstrieren. Für die Reproduktion der Arbeitskraft werden 345 Euro gewährt, während die Reproduktion von Wohnraum mit 360 Euro honoriert wird.

109. Enteignung und Vergesellschaftung:

Grundgesetz, Artikel 14: (3) Eine **Enteignung** ist nur zum Wohle der

Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Grundgesetz, Artikel 15: Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der **Vergesellschaftung** durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der **Gemeinwirtschaft** überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

110. Haushalt als gewerblicher Kleinbetrieb: Entscheidend hierbei ist, dass damit der Haushalt als Unternehmen juristische Person wird, die ihre Reproduktionskosten von der Steuer absetzen kann.
Eine natürliche Person ist dazu leider nicht in der Lage.

111. Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE):

Fragen:

- Auf welcher Ebene soll das Grundeinkommen angelegt sein: national, europäisch oder global?
- Was geschieht mit Asylanten?
- Gibt es eine Krankenversicherung?
- Wie sieht das Übergangskonzept aus?
- Soll mit dem Grundeinkommen das leistungslose Einkommen der Kapitaleigner legitimiert werden?
- 150 Jahre Arbeitskampf haben Minijobs, Ich-AG's und Hartz-IV nicht verhindert Mit welchen Instrumentarien oder Instanzen soll ein existenzsicherndes bedingungsloses Grundeinkommen gesellschaftlich durchgesetzt werden? Während zur Sicherung der Löhne relativ mächtige Gewerkschaften zur Verfügung stehen, existieren zur Durchsetzung des Grundeinkommens nur lockere Proteststrukturen.
- Ein Grundeinkommen von nur 800 Euro pro Monat würde bei 5%iger Verzinsung der Schenkung eines Vermögens von 200.000 Euro entsprechen. Bei einer dem Wirtschaftswachstum entsprechenden Verzinsung von etwa 2 oder 3% wären dies etwa 500.000 bzw. 320.000 Euro. Bedingungsloses Grundeinkommen entspricht also einer Übertragung eines Privatvermögens von 200.000 bzw. 500.000 Euro, dessen Verzinsung es dann ermöglicht, monatlich 800 Euro abzuheben.
- Jedes leistungslose Einkommen landet in den Preisen der Produkte, die die Gesellschaft herstellt. Wenn also die Hälfte des BIP verschenkt wird, werden die Produktpreise doppelt so teuer werden müssen. Korrekterweise will Götz

- Werner die Mehrwertsteuer ja auch auf 50% erhöhen.
- Über den Erfolg von Konzepten entscheidet die Rentabilität auf dem globalen (profitmaximierenden) Markt.
 - Zur Finanzierung: Durch die Verschuldung der Unternehmen, die dreimal höher ist als die des Staates, käme zur im Mittel 40%igen Zinsbelastung der Preise noch eine 50%ige Mehrwertsteuer hinzu, sodass der Wert jedes Produkts im Mittel nur noch 10% des Preises ausmacht. Wie wird die Entschuldung der Unternehmen vor der Einführung des Grundeinkommens vorgenommen?
 - Die Profitmaximierung des globalen Marktes, das zentrale Übel des Kapitalismus wird allenfalls indirekt angetastet. Da der kapitalistische Prozess nicht zwangsläufig gestoppt wird, würde das Wirtschaftswachstum bestehen bleiben bzw. forciert werden. Aus Gründen des Umweltschutzes werden aber Strategien benötigt, die zu einer Profitminimierung führen.
 - Bei der zusätzlichen Tätigkeit ist unklar, wer die Entscheidung trifft, welche Tätigkeiten durch die Gesellschaft finanziert werden.
 - Robert Kurz führt zu diesem Thema aus: „Ebenso wenig reflektieren Gorz und andere Vertreter der Forderung nach einem monetären "Grundeinkommen", dass dieses nur durch einen Apparat der Redistribution in einem nationalökonomischen Bezugsraum realisierbar wäre. Dabei könnte es sich nicht, wie Gorz fälschlich annimmt, um eine schlichte Beteiligung aller am stofflich-technischen Fortschritt der Produktivität handeln, denn das würde bereits eine naturalwirtschaftliche gesellschaftliche Reproduktion jenseits der Wertform voraussetzen. In einem warenproduzierenden System dagegen muß jeder Produktivitätsgewinn zuerst durch die Vermittlungen der Wertform und deren Restriktionen hindurchgehen. Das bedeutet, daß keine Verteilung der Produkte nach Maßgabe der Produktivität möglich ist, sondern nur eine Umverteilung von Geld nach Maßgabe des Markterfolgs und damit gelingender Realisation von Mehrwert. Für das nationale Bezugssystem des "Grundeinkommens" wiederum heißt dies, daß es im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt erfolgreich sein muß, um genügend Kapazität für die monetäre Umverteilung zu erwirtschaften. Implizit enthält daher das Konzept des "Grundeinkommens" einen nationalistischen und rassistischen Vorbehalt; es ist nichts als ein Derivat des sozialnationalistischen Linkskeynesianismus. In der Praxis würde das "Grundeinkommen", egal in welcher Form, für die Individuen immer nur auf ein Volumen hinauslaufen, das zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist, also die Menschen letztlich zur "abstrakten Arbeit" stacheln und sie marktwirtschaftlich bei der Stange halten soll. Deshalb liebäugeln ja auch die Neoliberalen mit diesem Konzept, weil sie alle durch Zwangsabzüge vom Lohneinkommen erworbenen Sozialansprüche (Renten, Arbeitslosenversicherung etc.) kappen und die Lohnabhängigen auf monetäre Notrationen setzen wollen, die sie dazu zwingen, bis ins hohe Alter jede noch so miese "Arbeit" anzunehmen.“

112. Hartz IV: Hartz-IV kostet jährlich etwa 25 Mrd. Euro, das sind rund 1,1% des Bruttoinlandsproduktes (BIP); was geschieht mit den „restlichen“ 98,9%

des BIP? Skandalöserweise befassen sich unsere Politiker nur mit den 1,1% des BIP und vernachlässigen was mit den restlichen 98,9% des BIP geschieht.

113. Umverteilen: Die Bewohner unserer Republik lassen sich in 4 Sektoren unterteilen: einmal in Besitzende und Besitzlose und zusätzlich in Beschäftigte und Arbeitslose. Die 5 Millionen Hartz-IV-Empfänger erhalten als Arbeits- und Besitzlose mit 25 Mrd. Euro nicht mehr als etwa 1,1% des BIP. Die arbeitslosen Besitzenden – die, die von ihrem Besitz leben können – erhalten dagegen 35% des BIP, also etwa das 30-fache. Die beschäftigten Besitzenden geben den arbeitslosen Besitzenden vermutlich ebensoviel wie sie von den besitzlosen Beschäftigten erhalten. Schlecht sieht es für die besitzlosen Beschäftigten aus, die sowohl die arbeitslosen Besitzlosen als auch die arbeitslosen Besitzenden finanzieren müssen. Sie sollen sich aber nur über die arbeitslosen Besitzlosen aufregen, die noch den geringsten Teil ihrer Arbeitserträge schlucken.

114. Aristoteles (384-322, Politeia, 5. Buch): "Man muß dafür sorgen, daß der Gegensatz der Reichen und Armen sich möglichst ausgleicht oder daß der Mittelstand wächst." ... "Namentlich muß man bedacht sein, durch die Gesetze die Verhältnisse so zu regeln, daß niemand aufkommen kann, der allzu übermächtig ist durch Anhang oder Reichtum; und gelingt dies nicht, so muß man solche Leute ins Ausland verbannen."

Wohin soll jemand bei einem globalisierten Markt verbannt werden? Soll man ihn auf den Mond schießen?

115. Aneignung: Was man sich vorher nicht hat wegnehmen lassen, braucht man sich hinterher nicht anzueignen.

Wenn wir über alle Werte, die wir in den letzten 50 Jahren geschaffen haben, gemeinschaftlich verfügen könnten, bräuchten wir uns um die nächsten 50 Jahre keine Sorgen zu machen.

116. Regiogeld: Es werden zusätzliche Essensmarken ausgegeben, ohne die Portionen bereitzustellen. Das bedeutet Geldentwertung.

Wie der Graphik zu entnommen werden kann, ist der zinsbedingte Anteil des Geldvermögens vergleichsweise gering. Regiogeld hat – wie das Beispiel der Gemeinde Wörgl zeigt, nur einen Sinn, wenn eine Gemeinde der Herausgeber ist, denn es besteht auf beiden Seiten, wie die Historie zeigt, die große Gefahr des Betruges. Auf der Verbraucherseite die Fälschung und auf der Herausgeberseite die Gefahr des Klaus der Betriebskasse. Dieses Dilemma hat bereits 1896 zu einem generellen Verbot von Wertscheinsystemen geführt.

117. Tauschringe: Die Berliner Tauschringe existieren fast in jedem Stadtteil. Sie verstehen sich als unabhängige Selbsthilfeeinrichtungen zur Entwicklung der

erweiterten Nachbarschaftshilfe und der sozialen Ökonomie. Berliner Tauschringe verfolgen gleichermaßen soziale und wirtschaftliche Zielsetzungen, sind aber weder soziale Einrichtungen im traditionellen Sinne, noch beabsichtigen sie, ein neues wirtschaftliches Modell oder "Ersatzwährungen" zu kreieren. <http://trb.tauschring-mitte.de//content/section/5/44/>

118. FoodCoops und Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften (EVG): Unter einer FoodCoop (vom englischen *food cooperative*, also etwa *Lebensmittelgemeinschaft*) versteht man den Zusammenschluss von Personen und Haushalten zum gemeinsamen Einkaufen. Die Idee dahinter ist, dass man gemeinsam große Mengen Lebensmittel direkt von den Erzeugern bezieht und dadurch Mindestbestellmengen der Großhändler erreicht bzw. es sich für Bauern lohnt in die Stadt zu fahren.

In EVG'S schließen sich Verbraucher im Lebensmittelbereich mit Erzeugern zusammen, um sich kostengünstig ökologisch angebaute landwirtschaftliche Produkte zu beschaffen. Eine der ersten EVG's wurde 1982 in Berlin als Verein gegründet und hatte 850 Mitglieder. Sie war aus dem Ökodorf in der Kurfürstenstraße hervorgegangen und arbeitete mit 3 niedersächsischen Öko-Bauern zusammen. Sie löste sich 1989 mit dem Fall der Mauer auf.

119. Positive Ökonomie: Klaus Novy stellt fest (1985): Etwa um 1910 tritt ein Strategiewechsel der großen Schutzorganisationen der Arbeiterschaft ein: vom abwehrenden Schutz zum aufbauenden Wirtschaftskampf, von der Kritik am Kapitalismus zur „positiven Ökonomie“ sozialer Bewegungen. Die Mieterschutzvereine gingen zuerst diesen Weg.

Die dritte Säule der Arbeiterbewegung existierte bereits über 60 Jahre, als die Arbeiterschützorganisationen endlich auf einem internationalen Kongress der Sozialisten und Gewerkschaften 1910 in Kopenhagen die Vorteile der wirtschaftlichen Selbsthilfe für die Lohnabhängigen diskutierten und beschlossen, für sie auch auf nationaler Ebene einzutreten. Noch im selben Jahr beschloss die SPD auf ihrem nationalen Parteitag, die bereits 18 Jahre bestehende Auflage an ihre Mitglieder zurückzunehmen, Genossenschaftsgründungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern und auch nicht Mitglied einer Genossenschaft zu werden.

120. Robert Kurz zeigt sehr anschaulich den Weg auf, den auch die ersten Konsumgenossenschaften beschrritten haben: „Für eine emanzipatorische Bewegung, die sich der Notwendigkeit bewusst ist, aus Keimformen heraus die gesellschaftliche Identität von Produktion und Konsumtion auf einer höheren

Entwicklungsstufe wiederherzustellen, folgt daraus, daß sie in genau umgekehrter Reihenfolge von den Dienstleistungen und den direkt in die Konsumtion eingehenden Endprodukten ausgehend dem Markt seine historische Beute wieder entreißen muss, um von diesen Endpunkten aus die gesamte Reproduktion aufzurollen und emanzipatorisch umzuformen.“

121. Gustav Landauer 1913 fordert den „aktiven“ **Generalstreik**: Ihr Kapitalisten, ihr habt Geld? Ihr habt Papiere? Ihr habt Maschinen, die leer stehen? Eßt sie auf, tauscht sie untereinander, verkauft sie euch gegenseitig - macht was ihr wollt! Oder - arbeitet! Arbeitet wie wir. Denn Arbeit könnt ihr von uns nicht mehr bekommen. Die brauchen wir für uns selbst.

Landauer konnte sein Konzept des aktiven Generalstreiks nicht mehr umsetzen, da er nach der gewaltsamen Niederschlagung der Münchner Räterepublik, in der er den Posten des Beauftragten für Volksaufklärung innehatte, durch Reichswehr und Freikorpsverbände am 1. Mai 1919 in München verhaftet und einen Tag später im Zuchthaus Stadelheim ermordet wurde.

122. Abraham Lincoln: „Es kann keinen Frieden auf Erden geben, ehe wir nicht die Forderung unserer Zeit erfüllen und den großen ewigen Fluch unserer Rasse beenden und jedem Arbeiter den vollen Verdienst seiner Arbeit verschaffen.“

123. Regie über die Produktion: Die konventionelle Produktion und Distribution ist auf jeder Stufe mit Profiten und Zinsen behaftet, die beim Verbraucher dann additiv im Mittel mit 40% des Preises landen. Die Solidarische Ökonomie will ohne Fremdkapital auskommen und den gesamten Mehrwert als Infrastruktur und Solidarkapital anlegen. Die Distribution und Produktion muss zumindest in seiner Basisversorgung schrittweise der Verbraucher übernehmen.

124. Mehrwert für Arbeitnehmer und des Konsument: Der Mehrwert wird auf allen Produktionsebenen dem Lohn und/oder der Infrastruktur zugeschlagen bzw. von den Preisen abgezogen so von den Verbrauchern als Solidarkapital angelegt.

125. Wertschöpfungskette ohne Wertschöpfung: Auf der untersten Ebene stellt c den Rohstoff Erde, Erdöl, Metall, Kohle etc. dar. Eingesetzt wird nur Arbeitskraft, von der allerdings bereits hier der Mehrwert abgezogen wird. Vom Anfang bis zum Ende der Wertschöpfungskette streitet sich also der Anleger (m) – weil er angeblich c geliefert habe - mit dem Arbeitnehmer (v) um den Anteil am Arbeitsergebnis. Der Konsument (W) jedoch muss alles

finanzieren.

126. Entökonomisierung der Gesellschaft: In den letzten 50 Jahren haben die kleinen und großen Profiteure die besitzlosen Bürger an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Die Konsumenten erobern sich den Markt über Kooperativen zurück, bauen ein Solidarkapital auf und drängen dabei die konkurrierenden Profiteure aus dem ökonomischen Geschehen der Gesellschaft schrittweise heraus.

127. Ursprung der Konsumgenossenschaften: 1832 gründeten die Weber in Rochdale die *Rochdale Friendly Cooperative Society* (in Deutschland: Redliche Pioniere von Rochdale) und eröffneten ein Jahr später einen Genossenschaftsladen. Dieser wurde 2 Jahre später geschlossen, 1844 jedoch mit 28 Mitgliedern erneut eröffnet. 1848 hatte die Konsumgenossenschaft 140 Mitglieder, 1860 waren es bereits 3.500. Rochdale nennt sich aufgrund seiner Geschichte bis heute *Birthplace of co-operation* (Geburtsort des Genossenschaftswesens).

Gründung und Entfaltung

1820 gründete der Industrielle Robert Owen „Kommunistische Siedlungen“

1844 eröffneten „Die „Redlichen Pioniere von Rochdale“ ihren ersten Laden

1845 erfolgten erste Gründungen von Konsumvereinen in Sachsen

1848 Scheitern der Revolution und politische Reaktion bis 1860

1867: Verabschiedung des Genossenschaftsgesetzes

1871: Konsumvereine hatten 250.000 Mitglieder, Umsatz von 57 Mio. RM

1892: SPD verbietet ihren Mitgliedern die Mitwirkung in Genossenschaften und auferlegt ihnen, ihren Gründungen entgegenzutreten

1894: Gründung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (GEG) in Hamburg

1903: Gründung des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK)

1905: Genossenschaften haben 1 Million Mitglieder

1910: Internationaler Sozialisten- und Gewerkschaftskongress in Kopenhagen

1918-22: Beitrittswelle von etwa 1 Million Mitgliedern

1930: 3,5 Millionen Mitglieder, mit Familie etwa 10 Millionen versorgte Personen

Da sich die Konsumgenossenschaften in der Weimarer Republik sehr stark entfaltet hatten waren sie dem damaligen internationalen Finanzkapital ein wachsender Dorn im Auge und da sie als „Dritte Säule der Arbeiterbewegung“ sehr erfolgreich und für den Bürger bedeutsam waren, wurden sie auch von staatlicher Seite sehr argwöhnisch beäugt und tendenziell behindert. Die Bürger lernen in Genossenschaften, sich mit der Ökonomie ihrer

Reproduktion zu befassen. Sie lernen volkswirtschaftlich zu denken. In den Führungsetagen staatlicher Betriebe landen oft Personen, die die Stufe ihrer Inkompetenz in der Partei bereits erreicht haben und als Quereinsteiger oft überfordert sind. In Genossenschaften dagegen werden Leitungskräfte von den Mitgliedern gewählt.

Die Genossenschaften sind auch bekannt für Innovation: der erster Selbstbedienungsladen und ein erstes electronic banking, Trinkwasseraufbereitung etc. wurden von Genossenschaften initiiert.

128. Genossenschaftsstruktur

Die Genossenschaftsstruktur stellt eine erweiterte Vereinsstruktur dar. Der Aufsichtsrat ist als ständige Vertretung der Mitglieder zwischen den Generalversammlungen gedacht.

129. Genossenschaftsprinzipien

Sie wurden aus der Arbeit der Rochdaler Pioniere abgeleitet, gesetzlich festgeschrieben und zu einer weltweit weitgehend kompatiblen Organisationsform ausgebaut. [Mersmann]

Das Identitätsprinzip

Die Verbrauchergenossenschaften sind gekennzeichnet durch das Identitätsprinzip. Das Identitätsprinzip besagt, dass in Genossenschaften z.B. der Mieter über Wohnungsbauvereine oder -genossenschaften zum (kollektiven) Vermieter, der Konsument über Konsumvereine oder -genossenschaften zum (kollektiven) Krämer/Händler/Produzent, der Schuldner /Kreditnehmer über Genossenschaftsbanken sein eigener (kollektiver) Gläubiger/Kreditgeber wird. Die zwei normalerweise durch den Markt getrennten Seiten des Bürgers - Anbieter und Verbraucher - finden somit durch Genossenschaften ihre Identität wieder.

Das Demokratieprinzip

Im Gegensatz zur Aktiengesellschaft oder der GmbH hat nach dem Demokratieprinzip jedes Mitglied eine Stimme, unabhängig von der Anzahl der erworbenen Geschäftsanteile. Anders als in anderen Institutionen wie Parteien und Gewerkschaften galt in den Genossenschaften seit ihren Anfängen gleiches Stimmrecht für Männer und Frauen. Alle Mitglieder haben gleiche Rechte und Pflichten. Historische und aktuelle Beispiele zeigen allerdings, dass praktische Demokratie auch in den Konsumgenossenschaften wesentlich von der politischen Kultur der Mitglieder und Funktionäre abhängt.

Das Förderprinzip

Die Genossenschaft dient als freiwilliger Zusammenschluß der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Förderung ihrer Mitglieder. Daher war für Genossenschaften früher das reine Mitgliedergeschäft bindend.

Schwerpunkte des Förderprinzips liegen auf wirtschaftlichem, sozialen und kulturellen Gebiet.

Die Rückvergütung

Die Genossenschaft kann ihre Produkte nicht zum Selbstkostenpreis abgeben, da sie Investitionen in den weiteren Ausbau oder für zusätzliche Leistungen tätigen muss. Auch unsichere Preisentwicklungen müssen berücksichtigt werden. Die nach Abzug der beschlossenen Ausgaben (Investitionen, Gehälter etc.) erzielten Überschüsse werden an die Mitglieder, nicht jedoch wie bei Kapitalgesellschaften, nach der Höhe der Einlagen, sondern in Höhe der getätigten Einkäufe, verteilt.

Beschränkte Kapitalverzinsung

Das genossenschaftliche Grundkapital, das von allen Mitgliedern in Form von Geschäftsanteilen aufgebracht wird, wenn überhaupt, nur beschränkt verzinst.

Bildungsarbeit

Die Bildungsarbeit diene in erster Linie dazu, den Mitgliedern die Kenntnisse zu vermitteln, die sie zu wertvollen Mitarbeitern für die Genossenschaftsbewegung machen sollte.

Politische und konfessionelle Neutralität

In England war im wesentlichen religiöse Neutralität gemeint, in Deutschland wollte man nicht in politische Auseinandersetzungen hineingezogen werden.

130. Internationaler Sozialisten- und Gewerkschaftskongress in Kopenhagen:

1910 wurde auf dem internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress in Kopenhagen u.a. beschlossen: *„In Erwägung, dass die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern unmittelbare materielle Vorteile bieten können, sondern dass sie berufen sind,*

- *die Arbeiterklasse durch Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern*
- *die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheit zu erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches vorzubereiten helfen,*

erklärt der Kongress, dass die Genossenschaftsbewegung, wenn sie auch allein niemals die Befreiung der Arbeit herbeiführen kann, doch eine wirksame Waffe im Klassenkampf sein kann, den die Arbeiterschaft um die Erringung ihres unverrückbaren Zieles – der Eroberung der politischen und ökonomischen Macht zum Zwecke der Vergesellschaftung aller Mittel der Produktion und des Austausches – führt und dass die Arbeiterklasse das stärkste Interesse daran hat, diese Waffe zu gebrauchen.

Der Kongress fordert deshalb alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich

organisierten Arbeiter mit der größten Entschiedenheit auf, tätige Mitglieder der Konsumvereinsbewegung zu werden und zu bleiben und in den Konsumvereinen in sozialistischem Geiste zu wirken ...

131. Gustav Landauer 1: Aber doch haben die Arbeiter, die ihren Konsum zusammengetan haben, schon eigene Fabriken, Großbäckereien, Schlächtereien, eine Großeinkaufsgesellschaft mit eigenen Dampfern.

Wo kam das Geld her zu diesen vielen Grundstücken, Baulichkeiten, Fabriken und Maschinen? Sie haben ihre Kundschaft organisiert! Kundschaft ist Kredit; Kredit ist wirtschaftliche Macht ... die Arbeitgeber sind die Konsumenten, die Arbeitnehmer die Produzenten; und beides sind dieselben Personen, und es gibt keine Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr.

Landauer war Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts einer der führenden Theoretiker und Aktivisten des Anarchismus in Deutschland. Er vertrat unter Einfluss Peter Kropotkins den kommunistischen Anarchismus und war Pazifist.

Landauer kritisiert den Marxismus in "Aufruf zum Sozialismus" folgendermaßen: "Hier geht es darum, darauf hinzuweisen, dass die einseitige Betonung der Lohnfrage von Seiten der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften im Zusammenhang steht mit der falschen Auffassung des Mehrwerts von Seiten der Marxisten. Wir haben früher gesehen wie Lohn und Preis sich gegenseitig bedingen; wir haben jetzt darauf verwiesen, dass die Auffassung ganz verkehrt ist, nach der der sogenannte Mehrwert ein absolute Größe wäre, die beim Unternehmertum entstünde und von da in die andern Kapitalistenkategorien abflösse."

Die Wahrheit besteht für Landauer darin, dass all und jeglicher Profit der Arbeit entzogen wird. Es gibt an und für sich keine Produktivität des Eigentums und keine Produktivität des Kapitals, sondern nur eine Produktivität der Arbeit.

132. Die „Kundschaft“: Warum übergeben die „kleinen Leute“ ihr Geld (z.B. die 6 Millionen Riester-Renten-Sparer ihre bereits angesparten 80 Milliarden Euro) direkt oder indirekt anonymen Fonds, die dann als Heuschrecken ihre Löhne drücken oder gar ihren Arbeitsplatz wegrationalisieren? (Heute kontrollieren Pensionsfonds 60 Prozent der Anteile an den tausend größten unternehmen der USA²)

Wäre es nicht besser für sie, ihr Geld in regionalen solidarwirtschaftlichen Projekten - zumindest der Daseinsvorsorge (Wohnung, Kleidung, Lebensmittel,

2 Nicola Liebert: Die guten Kapitalisten – Pensionsfonds nehmen Einfluss auf Konzerne und Politik. Le Monde Diplomatique, September 2007.

Wasser, Energie, Bildung, Kultur, Mobilität etc.) - anzulegen, die in ihrer eigenen Einflussosphäre von ihnen mitgestaltet werden können und eine Reduzierung der Kosten des täglichen Bedarfs erlauben?

133. Pensionskassen und -fonds (*Dr. Axel Hesse (SD-M) im Auftrag von Swisscanto*): Die 2. Säule der betrieblichen Altersvorsorge gewinnt in Deutschland zunehmend an Bedeutung, insbesondere seit Inkrafttreten des Altersvermögensgesetzes (AVmG) 2002, welches Arbeitnehmern einen Anspruch auf Entgeltumwandlung einräumt. 2005 verwalteten 157 Pensionskassen (PKs) und 24 Pensionsfonds (PFs) ein Anlagevermögen von **82 Milliarden Euro**. Die zehn größten PKs hatten daran einen Anteil von etwa 64%. Die Direktanlage in Aktien ist im internationalen Vergleich unbedeutend, stattdessen werden Eigenkapitalbeteiligungen zu rund 34% in Investmentanteilen angelegt. Eine wichtigere Rolle kommt festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen zu, welche einen Anteil von ca. 57% ausmachen. A.T. Kearney prognostiziert, dass die Vermögenswerte in der gesamten betrieblichen Altersvorsorge bis **2030 auf 4 Billionen Euro** anwachsen werden.

134. Ursprüngliche Genossenschaftstypen:

Victor Aimé Huber propagierte den ersten genossenschaftlichen Wohnungsbau für Arbeiter.

Eduard Pfeiffer propagierte und gründete Wohnungs- und Konsumgenossenschaften für Arbeiter.

Schulze-Delitzsch, Jurist und Abgeordneter der preußischen Nationalversammlung gründete, abweichend vom Konzept der Rochdaler Pioniere, als Gegengewicht gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung verstanden, 1849 die ersten auf Selbsthilfe beruhenden Einkaufsgenossenschaften für Tischler und Schuhmacher, die durch Einrichtung gemeinsamer Einkaufs-, Kredit- und Absatzgenossenschaften für den freien Markt konkurrenzfähiger gemacht werden sollten. Von ihm stammt der Satz: Je mehr der Rausch über die Verheißungen von 1848 verfliegt, desto geneigter wird man, die Sache selbsttätig in die Hand zu nehmen. Es gibt Systeme und Pläne genug, ganz neue Welten fertig in den Köpfen der Denker. Schade nur, daß die Brücke fehlt, welche vom Boden der nackten Wirklichkeit zu ihnen hinüberführt.

Friedrich Wilhelm Raiffeisen entwickelte den Genossenschaftsgedanken für landwirtschaftliche Betriebe.

Ferdinand Lasalle, der Gründer der heutigen SPD, favorisierte allerdings - wie Marx und Engels und auch die SPD insgesamt - abweichend vom Konzept der Verbrauchergenossenschaften immer die Gründung von Produktivgenossenschaften. Sollte der Genossenschaftsgedanke damit bewusst

diversifiziert werden?

Beispiel für Wohnungsgenossenschaften: Der Berliner Senat hat 2004 für 2 Milliarden Euro 65.000 GSW-Wohnungen an den amerikanischen Rentenfonds Cerberus verkauft. Das sind etwa 30.000 Euro pro Wohneinheit.

Wenn diese Wohnungen den Mietern zum Kauf angeboten worden wären, hätte selbst ein Harz IV-Empfänger mit seinen 360 Euro Wohngeld pro Monat (2/3 Schuldendienst, 1/3 **Betriebskosten**, Renovierung, Instandhaltung) diese Summe bei 5%-iger Verzinsung nach spätestens 15 Jahren getilgt. Nach dieser Zeit hätte der Senat dann die Wohngeldzahlungen um 2/3 reduzieren und damit Steuergelder sparen können. So aber fließt dieses Geld jetzt in amerikanische Rentenkassen und ist für Bürger und ?ihre? Stadt für immer verloren. Hat der Souverän seine Stellvertreter, die Politiker, nicht ausreichend im Griff? Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über finanzielle Nothilfen für Berlin ist wohl trotz aller Proteste der Verkauf der restlichen 277.000 Wohnungen vorgesehen und zwar zu 5 Milliarden Euro, das sind pro Wohneinheit nur 18.000 Euro.

135. Zusätzliche Genossenschaftstypen: In der Begeisterung, die die ersten Erfolg von Verbrauchergenossenschaften hatten, und wegen der Fixierung auf die Arbeit und den Arbeitnehmer wurden in weiteren Bereichen Genossenschaften gegründet, die allerdings das Identitätsprinzip als wichtigstes genossenschaftliches Prinzip nicht mehr erfüllten. Es darf nicht verkannt werden, dass sie hierarchischen Gebilde wie Staat, Parteien und Gewerkschaften kein großes Interesse hatten, in Form der Genossenschaften allzu viele autonome horizontale Strukturen entstehen zu lassen. Sie haben mit diversen Strategien versucht, die Entwicklung der Verbrauchergenossenschaften zu diversifizieren, ja sogar ver- und zu behindern.

136. Besonderheit der Konsumgenossenschaften bestand darin, dass sich nichtbesitzende lohnabhängige Konsumenten zusammenschlossen und durch die Einlage vieler kleiner Beiträge Kapital zum Nutzen gemeinsamer Interessen einsetzten. Je mehr Konsumenten gewonnen werden konnten, desto höhere Preisnachlässe konnten beim Einkauf erzielt werden. Wenn dann von den Konsumgenossenschaften die Produktion eines ganzen Betriebes abgenommen wurde, konnten durch die Übernahme dieses Betriebes weitere Einsparungen erzielen. So wurde in kleinen Schritten der profitmaximierende Markt vom Konsumenten aus seinem eigenen Umfeld verdrängt.

137. Oppenheimer'sches Transformationsgesetz: von 1894

Produktivgenossenschaften waren (und sind) im Gegensatz zu den Verbraucher- / Konsumgenossenschaften in zweierlei Hinsicht zur Schließung verurteilt:

1. Da sie sich auf dem profitorientierten Markt behaupten mussten, waren sie den immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen wie jeder andere Betrieb unterworfen. In einer Wirtschaftskrise konnte sich die Geschäftsführung aber nicht von ihren Mitarbeitern, die ja auch Mitglieder waren, trennen. Die Mitglieder aber hatten, da der Betrieb ihre einzige Einnahmequelle war, wenn sie „arbeitslos“ wurden, zusätzlich zum fehlenden Einkommen auch noch die Betriebskosten am Hals und standen sich schlechter als die „regulären“ Arbeitslosen. Sie mussten in praktisch allen Fällen nach relativ kurzer Zeit schließen.

2. Sollten sie eine Krise überlebt und endlich Geld in den Kassen haben, wollten sie dieses keinesfalls mit weiteren Mitgliedern teilen. Sie tendierten vielmehr dazu, statt neue Mitglieder anzuwerben, Angestellte zu beschäftigen, die sie heuern und feuern konnten und hatten damit zwei unterschiedliche Mitarbeitergruppen („Eigentümer“ und Angestellte) mit den entsprechenden Auseinandersetzungen.

138. Produktivgenossenschaften: „Über den Käufergenossenschaften steht der berühmte sogenannte »genossenschaftliche Geist«, über den Verkäufergenossenschaften der ebenso berühmte »kapitalistische Geist«

139. Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? (1899): “Was die Genossenschaften, und zwar vor allem die Produktivgenossenschaften betrifft, so stellen sie ihrem inneren Wesen nach inmitten der kapitalistischen Wirtschaft ein Zwitterding dar: eine im kleinen sozialisierte Produktion bei kapitalistischem Austausch. In der kapitalistischen Wirtschaft beherrscht aber der Austausch die Produktion und macht, angesichts der Konkurrenz, rücksichtslose Ausbeutung, d.h. völlige Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Interessen des Kapitals, zur Existenzbedingung der Unternehmung. Praktisch äußert sich das in der Notwendigkeit, die Arbeit möglichst intensiv zu machen, sie zu verkürzen oder zu verlängern, je nach der Marktlage, die Arbeitskraft je nach den Anforderungen des Absatzmarktes heranzuziehen oder sie abzustoßen und aufs Pflaster zu setzen, mit einem Worte, all die bekannten Methoden zu praktizieren, die eine kapitalistische Unternehmung konkurrenzfähig machen. In der Produktivgenossenschaft ergibt sich daraus die widerspruchsvolle Notwendigkeit für die Arbeiter, sich selbst mit dem ganzen erforderlichen Absolutismus zu regieren, sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen. An diesem Widerspruche geht die Produktivgenossenschaft auch zugrunde, indem sie entweder zur kapitalistischen Unternehmung sich rückentwickelt, oder, falls die Interessen der Arbeiter stärker sind, sich auflöst.”

140. Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? (1899): Daraus folgt, daß die Produktivgenossenschaft sich ihre Existenz inmitten der kapitalistischen Wirtschaft nur dann sichern kann, wenn sie auf einem Umwege

den in ihr verborgenen Widerspruch zwischen Produktionsweise und Austauschweise aufhebt, indem sie sich künstlich den Gesetzen der freien Konkurrenz entzieht. Dies kann sie nur, wenn sie sich von vornherein einen Absatzmarkt, einen festen Kreis von Konsumenten sichert. Als solches Hilfsmittel dient ihr eben der Konsumverein. Darin wiederum, und nicht in der Unterscheidung in Kauf- und Verkaufsgenossenschaften, oder wie der Oppenheimersche Einfall sonst lautet, liegt das von Bernstein behandelte Geheimnis, warum selbständige Produktivgenossenschaften zugrunde gehen, und erst der Konsumverein ihnen eine Existenz zu sichern vermag. Sind aber somit die Existenzbedingungen der Produktivgenossenschaften in der heutigen Gesellschaft an die Existenzbedingungen der Konsumvereine gebunden, so folgt daraus in weiterer Konsequenz, daß die Produktivgenossenschaften im günstigsten Falle auf kleinen lokalen Absatz und auf wenige Produkte des unmittelbaren Bedarfs, vorzugsweise auf Lebensmittel angewiesen sind. Alle wichtigsten Zweige der kapitalistischen Produktion: die Textil-, Kohlen-, Metall-, Petroleumindustrie, sowie der Maschinen-, Lokomotiven- und Schiffsbau sind vom Konsumverein, also auch von der Produktivgenossenschaft von vornher-ein ausgeschlossen. Abgesehen also von ihrem Zwittercharakter können die Produktivgenos-senschaften als allgemeine soziale Reform schon aus dem Grunde nicht erscheinen, weil ihre allgemeine Durchführung vor allem die Abschaffung des Weltmarktes und Auflösung der bestehenden Weltwirtschaft in kleine lokale Produktions- und Austauschgruppen, also dem Wesen nach einen Rückgang von großkapitalistischer auf mittelalterliche Warenwirtschaft voraussetzt.

141. Produktivgenossenschaften: „Über den **Käufergenossenschaften** steht der berühmte sogenannte **»genossenschaftliche Geist«**, über den **Verkäufergenossenschaften** der ebenso berühmte **»kapitalistische Geist«**“ Franz Oppenheimer 1929

142. Irmgard Schlosser/Bodo Zeuner: Wenn ... nur einzelne Bäckereien [Betriebe] in Belegschaftshand übergehen und sich dann, den Marktzwängen ausgesetzt und mit wenig Kapital ausgestattet, in der kapitalistischen Ökonomie mit einer prekären Randexistenz begnügen müssen, dann ist das nicht nur nicht revolutionär, sondern es untergräbt möglicherweise auch die reformistische Errungenschaften der sozialen Mindestsicherung und der gewerkschaftlich erkämpften Mindestlöhne.

143. Wohnungsgenossenschaften:

Deutschland:

- Gemeinnützige Baugesellschaft (seit 1848)
- Hamburger Produktion (seit 1899)
- Charlottenburger Genossenschaft
- Bremer Höhe

Ausland:

- El Hogar Obrero (Argentinien, seit 1905)

144. GSW: Der Berliner Senat hat 2004 für 2 Milliarden Euro 65.000 GSW-Wohnungen an den amerikanischen Rentenfonds Cerberus verkauft. Das sind etwa 30.000 Euro pro Wohneinheit.

Wenn diese Wohnungen den Mietern zum Kauf angeboten worden wären, hätte selbst ein Harz IV-Empfänger mit seinen 360 Euro Wohngeld pro Monat (2/3 Schuldendienst, 1/3 Betriebskosten, Renovierung, Instandhaltung) diese Summe bei 5%-iger Verzinsung nach spätestens 15 Jahren getilgt. Nach dieser Zeit hätte der Senat dann die Wohngeldzahlungen um 2/3 reduzieren und damit Steuergelder sparen können. So aber fließt dieses Geld jetzt in amerikanische Rentenkassen und ist für Bürger und „ihre“ Stadt für immer verloren.

145. Ferdinand Lasalle:

„Was nützen unter heutigen Verhältnissen billige Arbeiterwohnungen? Nichts, als dass sie, wenn allgemein gewährt, den Lohn herabdrücken.“ So scheint die gesamte SPD zu denken.

146. Konsumgenossenschaften:

Deutschland:

- Coop Schleswig-Holstein
- Konsum Berlin
- Konsum Leipzig
- Konsum Dresden

Ausland:

- **Schweiz:** Migros
- **Venezuela:** Cecosesola

147. Erik Nölting (1949):

„Konsumgenossenschaften sind Selbsthilfeorganisationen der Verbraucher, entstanden aus dem Willen der Konsumenten, unter Ausschaltung des privatwirtschaftlichen Profitstrebens das Prinzip echter Bedarfsdeckungswirtschaft zu realisieren und den Menschen und seinen Versorgungsanspruch in den Mittelpunkt des Wirtschaftsgetriebes zu rücken.“

148. Gottlieb Duttweilers, 1942, Begründer von MIGROS (1,993 Millionen Mitglieder): *„Das Kapital unserer Genossenschaften, der Franken und das geistige Kapital, soll in sozialer Richtung wirken. Es soll stets für die Schwachen - und das ist die grosse Mehrheit - gegen die Starken, die ihre Macht missbrauchen, entstehen: gegen Truste, gegen gewalttätige Verbände, gegen alle Gewaltanwendung von Kapital und*

Koalition.“

149. Cecosesola in Barquisimeto, Venezuela: Central Cooperativa de Servicios Sociales del Estado Lara

1967 gegründet als Transportunternehmen mit letztlich 127 Bussen
1979 Konkurs, führt zum Umdenken in den Organisationsgrundsätzen
Heute arbeiten in 22 Stadtteilbasiskooperativen und 45 Produktions- und Versorgungskooperativen 2.000 Menschen für 40.000 aktive Cooperatistas und über 140.000 assoziierte Mitglieder miteinander, ohne dass ein Vorstand oder eine Mehrheit die Abstimmungen entscheidet. Kernelemente sind Basisentscheidung, Rotation und Konsens.

Die Produktionsstätten liegen in einem Umkreis von 160 km um Barquisimeto. Wöchentlich werden rund 50.000 Familien mit rund 700 t Früchte und Gemüse versorgt.

Ein eigenes Gesundheitszentrum versorgt monatlich 10.000 Menschen.

150. Lenin: Über das Genossenschaftswesen, Januar 1923:

„ ... nun wird vieles von dem, was an den **Träumereien** der alten Genossenschaftler phantastisch, ja sogar romantisch, ja **abgeschmackt** war, zur ungeschminkten Wirklichkeit.“

„... Man blickt bei uns auf die Genossenschaften von oben herab und begreift nicht, welche außerordentliche Bedeutung diese Genossenschaften haben, erstens von der prinzipiellen Seite her gesehen (das **Eigentum an den Produktionsmitteln in den Händen des Staates**), zweitens unter dem Gesichtspunkt des Übergangs zu neuen Zuständen auf einem Wege, der möglichst einfach, leicht und **zugänglich für den Bauern** ist.“

„... **Wenn der Genossenschaftler in ein Dorf** kommt und dort einen **Genossenschaftsladen** errichtet, so ist die **Bevölkerung, strenggenommen, daran nicht beteiligt**, gleichzeitig aber wird sie, vom eigenen Vorteil geleitet, schleunigst versuchen, sich daran zu beteiligen.

Lenin missbraucht möglicherweise bewusst die Genossenschaften um die Landwirtschaft verstaatlichen zu können.

151. Genossenschaftsbanken:

- Volks- und Raiffeisenbanken
- Sparda-Bank
- Ökobank
- GLS-Bank
- Apotheker- und Ärztebank

Indien:

- Grameen Bank? (genossenschaftsähnliche Züge)

152. Einkaufsgenossenschaften:

Lebensmittel:

- Edeka (mit Netto, Spar etc.)
- Rewe (mit MiniMal etc.)

Internetproviding:

- InternetSpezialisten (ISP eG)
- Hostsharing

153. Wassergenossenschaften:

- Die älteste und größte Deutschlands: **Emschergenossenschaft**
- Die erste in den neuen Bundesländern: **Wassergenossenschaft Hartau**
- Die erste die Investoren entzogen werden sollte: **Wassergenossenschaft Ellerhoop**

154. Trink- und Abwasserpreise in Berlin

155. Wasserabsatz in Berlin

156. Wassertarif

157. Rückkauf der Wasserbetriebe: Die Rückkaufsumme sollte anstandshalber die Kaufsumme von **1,687 Mrd. Euro** nicht übersteigen und könnte von den Bürgern Berlins folgendermaßen finanziert werden: Auf jeden der 1,878 Mio. Berliner Haushalte würde ihrem anteiligen Verbrauch von 68% entsprechend ein Betrag von **618 Euro** entfallen.

Dieser Betrag würde als Geschäftsanteil in eine Genossenschaft eingezahlt. Die Bürger Berlins wären damit Anteilseigner der Genossenschaft und damit auch Teileigentümer der Wasserwerke. Falls ein Darlehen aufgenommen werden muss, könnte die Genossenschaft bei Bedarf die Bürgschaft übernehmen. Bei einer **Verzinsung von 5% pro Jahr** müssten dann **über 14,5 Jahre** von jedem Haushalt **monatlich 5 Euro** aufgebracht werden. Die Geschäftsanteile für Arbeitslose könnte als Kautions die Stadt übernehmen.

158. Einsparungen: Der Wasser-/Abwasserpreis: Der Wasser-/Abwasserpreis setzt sich aus den Produktionskosten und der Rendite zusammen. Über den Wasserpreis wurden 2005 bei einem Verkauf von 198,9 Mio m³ Wasser 928 Mio. Euro eingenommen. Die ausgeschüttete **Rendite betrug 212 Mio. Euro**, das sind etwa 22,84%. Ohne diese Rendite hätte der **Wasserpreis statt 4,66 Euro nur 3,60 Euro pro m³** betragen. Pro Haushalt wäre das bei dem durchschnittlichen Verbrauch von 72,84 m³ pro Jahr eine Einsparung von 77,65 Euro pro Jahr. Bei einem Rückkaufpreis von 60 Euro pro Haushalt und Jahr

hätte die **Einsparung noch 17,65 Euro** betragen.

159. Konsumgenossenschaften und das Dritte Reich:

Die Mittelständler forderten die sofortige Auflösung der "marxistischen" Konsumgenossenschaften, was allerdings zu bedrohlichen Ernährungsengpässen geführt hätte. Der Angriff auf die Konsumgenossenschaften erfolgte also schrittweise auf mehreren Ebenen:

- Das 1933 bereits erlassene Rabattgesetz reduzierte in § 5 die Rückvergütung auf den handelsüblichen Rabattwert von 3%,
- es wurden regelrechte Beutezüge veranstaltet und überall Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften zerstört,
- bereits zugesagte Kredite wurden gestrichen,
- Neugründungen wurden verboten,
- eine Konzessionspflicht wurde eingeführt,
- Zentralen und Filialen der Arbeiterbank, der Volksfürsorge und eines Teils der Baugesellschaften wurden besetzt,
- die demokratische Selbstverwaltung wurde durch das Führerprinzip ersetzt, d.h. Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden von oben bestellt. (z.B.: Als sich Vorstände diesem Vorhaben widersetzten, marschierte eine Hundertschaft SA auf. Als die Anwesenden der Gewalt weichen wollten, wurden sie teilweise mit Waffengewalt daran gehindert, den Saal zu verlassen. Die entsprechende Neubesetzung von Vorstand und Aufsichtsrat war dann nur noch reine Formsache.)
- in Pressekampagnen wurde der wirtschaftliche Bankrott unterstellt und einzelnen Genossenschaf tern persönliche Bereicherung vorgeworfen,
- Einlagen mussten ausbezahlt werden,
- das 1935 erlassene "Gesetz über die Verbrauchergenossenschaften" schrieb vor, dass wirtschaftlich gefährdete Konsumgenossenschaften aufzulösen seien,
- das Vermögen der ca. 1.500 Konsumgenossenschaften mit ca. 12.000 Läden, 400 Lagern, 300 Bäckereien, 60 Fleischereien und 200 sonstigen Betrieben wurde in das neu gegründete Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront überführt.

160. BRD-Genossenschaften: Obwohl die Parteien in Deutschland insgesamt mit schwindender Tendenz maximal noch 1,5 Mio. Mitglieder haben, und die Gewerkschaften desgleichen noch über etwa 7 Mio. Mitglieder verfügen, wachsen die Genossenschaften trotz aller Behinderungen sowohl im Westen wie im Osten insgeheim über die Jahrzehnte kontinuierlich und verfügen jetzt bereits über 22 Mio. Mitglieder. Ob es sich bei den Konsumgenossenschaften um Haushalte oder Einzelmitgliedschaften handelt, bleibt offen. Bemerkenswert ist, dass die von den Arbeiterschützorganisationen, SPD und

Gewerkschaften, immer wieder und ausschließlich propagierten Produktivgenossenschaften statistisch keine Rolle spielen.

161. EU-Genossenschaften: Etwa ein Drittel der europäischen Bürger sind Genossenschaftsmitglieder, wobei auch hier nicht ersichtlich ist, ob es sich um Einzelmitgliedschaften oder Haushalte handelt. In der Regel ist aber pro Haushalt – zumindest bei Konsum- und Wohnungsgenossenschaften – immer nur eine Person Mitglied in der entsprechenden Genossenschaft.

162. Genossenschaften weltweit:

Global:	800 Millionen Mitglieder
Europa:	140 Millionen Mitglieder
Deutschland:	22 Millionen Mitglieder
USA:	100 Millionen Mitglieder
Indien:	200 Millionen Mitglieder
Japan:	70 Millionen Mitglieder

163. Neoliberalisierung des Genossenschaftsgesetzes:

Senkung auf drei Gründungsmitglieder
auf eine Nachschusspflicht muss hingewiesen werden
statt postalischer Einladung Einladung über die Mitgliederzeitung
Zulassung juristischer Personen als investierende Mitglieder
Genossenschaften unter 20 Mitgliedern brauchen keinen Aufsichtsrat
Nur natürliche Personen können Organmitglieder werden
Satzungsänderungen, für die eine $\frac{3}{4}$ -Mehrheit erforderlich ist, können nicht mehr durch eine Vertreterversammlung vorgenommen werden
Genossenschaften mit bis zu 20 Mitgliedern wird ein Ein-Personen-Vorstand ermöglicht
Stimmrecht auf der Generalversammlung auch schriftlich oder elektronisch
Erlaubnis für den Prüfverband, im Einzelfall auch externe Prüfer einzusetzen.

164. Johannes Agnoli: „Können Menschen in ein menschlicheres System hineinwachsen, wenn sie dies nicht vorher erfahren und betrieben haben? Eine Organisation, die sich die Emanzipation zum Ziel setzt, muss in der Lage sein, im Vorlauf zu diesem Ziel selber die Emanzipation zu verwirklichen.“

165. Karikatur

166. Bevölkerungspyramide: Seit 1880 ist das Verhältnis von Beschäftigten zu noch oder nicht mehr Beschäftigten weitgehend konstant $\frac{2}{3}$ zu $\frac{1}{3}$ geblieben. Früher waren es mehr Kinder, heute sind es mehr Ältere. Um diese Verteilung aufrechtzuerhalten, muss nur das obere oder das untere Ende der

Beschäftigungszeit verlängert oder verkürzt werden.

167. Zufriedenheit

168. Relative Gesundheitsposten

169. Absolute Gesundheitskosten

170. Markt und Staat (Gabriele Herbert): Markt und Staat: Polanyi lehnt ... nicht den Markt schlechthin ab und ist weit davon entfernt, den Staat in der Rolle des idealen Organisators der sozialen und gesellschaftlichen Dienstleistungen sehen zu wollen, wie das in der Antiglobalisierungsbewegung zunehmend der Fall zu sein scheint. Der Staat hat sich wahrhaftig nicht als besonders effizient erwiesen, weder in seiner stalinistischen noch in seiner sozialdemokratischen Erscheinungsweise.

171. Nationalstaaten: Weite Teile der heutigen Linken sind Etatisten oder bestenfalls Keynesianer. Sie meinen, trotz globalisierter Finanzmärkte und der von diesen abhängigen Nationalstaaten, diese über immanente Instrumentarien reformieren zu können.

Die modernen bürgerlichen Nationalstaaten als potentielles Gegengewicht zum Kapitalismus (miss-)zuverstehen und nicht als sein integraler Bestandteil, verweist auf ein Staatsverständnis, das im Nationalstaat eine an sich neutrale Instanz sieht, derer sich alle gleichermaßen bedienen können, um ihre Interessen zu verwirklichen. (*Aus BUKO-Kritik an Attac, 2000*)

172. Die Mont-Pelerin-Society (MPS) ist eine von Alexander Friedrich von Hayek konzipierte und initiierte weltweite Organisation. Sie wurde 1947 in Mont Pelerin, einem Schweizer Gebirgsort, als Verein gegründet, der in den USA eingetragen ist. Er hat inzwischen über 1000 Mitglieder (Frauenanteil: 5%) und verfügt über 100 systematisch über den Erdball verteilte Think Tanks, in denen „unseren Beratern“ und den Managern unserer Unternehmen und Medien neoliberales Gedankengut vermittelt wird. Diese Personen werden strategisch in möglichst allen entscheidungsrelevanten Institutionen positioniert (Medien, Universitäten, Wirtschaftsverbänden etc.). Seit den 70er Jahren wurden 8 Mitglieder der MPS mit Nobelpreisen ausgezeichnet (Friedrich August von Hayek 74, Milton Friedman 76, George J. Stigler 82, James M. Buchanan 86, Maurice Allais 88, Ronald H. Coase 91, Gary S. Becker 92 und Venon L. Smith 2002). Als v. Hayek als damaliger Berater von Pinochet seinen Nobelpreis erhielt, hat der Schwede Gunnar Myrdal seinen Nobelpreis empört zurückgegeben.

Susan George hat 1996 in Le Monde Diplomatique die Linke erstmals auf die

MPS aufmerksam gemacht und ausgeführt: „*Seit den sechziger Jahren sind die Neoliberalen nicht mehr wirklich marginal. Zahlreiche amerikanische Familienstiftungen begannen, sie zu unterstützen, und finanzieren seither ihre Institutionen.*“ Unter diesen Geldgebern befinden sich auch solche, die vor 1933 Hitler finanziert haben.

Selbst Giscard d'Estaing, Vorsitzender des Konvents zur Konzeption einer Europäischen Verfassung, ist MPS-Mitglied.

Walpen hat in seiner Monographie: „Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft“ die strategische Entfaltung der MPS im Detail beschrieben.

173. Friedrich Alexander von Hayek: Die Neoliberalen gehen davon aus, dass auf unserem Globus nicht alle Menschen ernährt werden können und vertreten offensichtlich die Auffassung, dass zum Überleben einer Elite, zu der sie sich wohl selbst zählen, auf einen Teil der Erdbevölkerung verzichtet werden muss.

174. Gerhard Schwarz (MPS-Mitglied und Chef des Wirtschaftsressort der Neuen Zürcher Zeitung, 1997): "Die zentrale Sorge der Mont Pèlerin Society gilt ... der Perversion des Wohlfahrtsstaates. Er stellt für die meisten Mitglieder die aktuelle Herausforderung überhaupt dar. 1947 kämpften die MPS-Mitglieder gegen die Kontrolle der Güterproduktion, heute kämpfen sie gegen die Kontrolle der Einkommensverteilung. Beide stellen gleichermaßen gravierende Eingriffe in die Freiheit dar. Und die Idee der Einflussnahme auf die Einkommensverteilung ... ist so tief in das Bewusstsein der westlichen Staaten eingedrungen, dass der Übergang von der Wohlfahrtsdiktatur ... zu einer freien, deregulierten Gesellschaft ... als fast so schwierig erscheint wie der Übergang vom Plan zum Markt."

175. Henry Everling: „Für Henry Everling [vor und nach dem zweiten Weltkrieg Vorstand der Großeinkaufsgesellschaft der Konsumgenossenschaften] war die freie Gemeinwirtschaft ein Sektor der Gesamtwirtschaft, der von dem privatwirtschaftlichen Sektor scharf abgegrenzt war. Für ihn war das auf Gewinn ausgerichtete Unternehmen und das dem Verbraucher dienende gemeinwirtschaftliche Unternehmen ihrem Wesen nach grundsätzlich verschieden, ja entgegengesetzt.“ (nach: Erwin Hasselmann, 1971)

176. „Für **Walter Hesselbach** [Vorsitzender der Bank für Gemeinwirtschaft] dagegen gilt es als sicher, dass sich die Grenzlinien zwischen Gemeinwirtschaft und Gewinnwirtschaft schon weitgehend verwischt haben. Nicht nur die Methoden, auch die Ziele der gewinnorientierten Kapitalgesellschaften und der großen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen nähern sich seiner Meinung nach immer mehr an.“ (nach: Erwin Hasselmann, 1971)

177. Georg Christoph Lichtenberg: „Was jedermann für ausgemacht hält, verdient am meisten untersucht zu werden.“